
I N L A N D

Weltweite Christenverfolgung wird in Österreich oft "übersehen"	2
Bischof Zsifkovics ruft zu mehr Mut in der Ökumene auf	3
KA-Präsident Kaineder: Das Fremde ist eine Bereicherung	4
Genetiker Hengstschläger: Kein Widerspruch von Wissenschaft und Glaube	5
Diözese St. Pölten feierte "Tag der Diakone"	6
Wiener Tagung anlässlich "300 Jahre Erhebung zur Erzdiözese"	7
Ordensklinikum Linz mit medizinischer Innovation	8
Evangelische Pfarrgemeinden zeigen Maßnahmen zum Klimaschutz	8
Tirol: Katholisches Bildungswerk startet Lehrgang "Biografiearbeit"	9

V A T I K A N & R O M

Papst an Buddhisten: Lasst uns mehr für die Umwelt tun!	9
Franziskus an Christen aus Finnland: Glauben gemeinsam verkünden	10
Vatikan will beim Thema Künstliche Intelligenz mitreden	10
Benedikt hielt Mahlfeier mit Protestanten für theologisch unmöglich	11
Benedikt XVI.: "Großmächte der Toleranz" sind selbst intolerant	12
Benedikt XVI.: Bibel und Koran unterscheiden sich grundlegend	13
Vor 25 Jahren öffnete der Papst das Archiv der einstigen Inquisition	13

A U S L A N D

Kardinal Kasper: Offene Fragen des Konzils angehen	15
Marx fordert von Christen Einsatz für Waffenruhe in der Ukraine	15
Kinderschutz-Experte Zollner kritisiert deutsche Politik und Kirche	16
Anwalt kritisiert angekündigte Vernichtung von Papst-Notizen	17
Deutscher Bundestag erkennt Verfolgung von Jesiden als Völkermord an	17
Prag: Aufregung um Jesulein-Besuch von Babis im Wahlkampffinale	18
Nuntius: Tigray trotz Waffenstillstand weiter in Not	19
Naher Osten: Bischöfe fordern "echten Friedensprozess"	20
Heiliges Land: Armenische Christen feiern Weihnachten	21
Pakistan: Christen in Sorge wegen Blasphemiegesetz-Verschärfung	21
Südafrikas Bischöfe warnen vor "Mafiastaat"	22
Erster "March for Life" nach Supreme-Court-Spruch zu Abtreibung	23
Church of England bleibt bei Nein zu gleichgeschlechtlicher Ehe	23

K U L T U R & M E D I E N

Ökumenischer TV-Gottesdienst am Sonntag aus Wels	24
ORF-Radiogottesdienst am Sonntag aus der Pfarre Oberlienz	25

I N L A N D

Weltweite Christenverfolgung wird in Österreich oft "übersehen"

"Open Doors"-Pressekonferenz: Fachleute beklagen Indifferenz gegenüber dem Leid der als "Mainstream" empfundenen Christen - Religionsfreiheit ist guter Indikator für Menschenrechtssituation insgesamt

Wien, 19.01.2023 (KAP) Christenverfolgung kann in autokratischen Staaten ein Ausmaß an Gewalt und Schikanen annehmen, das man sich hierzulande kaum vorstellen kann. Auf zwei markante Fälle machte der deutsche Mitarbeiter des Hilfswerks "Open Doors", Thomas Müller, am Donnerstag bei einer Pressekonferenz in Wien aufmerksam: Im Mai 2022 wurde im Nordwesten Nigerias die christliche Studentin Deborah Samuel von muslimischen Studenten nach einem als beleidigend empfundenen Post gesteinigt, ihre Leiche danach verbrannt. Ihr "Vergehen": Sie hatte sich nach bestandem Examen via WhatsApp bei Gott für dessen Beistand bedankt. Und in China wurde der Betreiber eines christlichen Buchladens 2022 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, seine Kunden bekamen wegen teils Jahre zurückliegender Bestellungen Polizeibesuch.

Mit Verletzungen der Religionsfreiheit und der Menschenrechte wie diesen ist "Open Doors" seit der Gründung 1955 befasst - der anfängliche Fokus auf osteuropäische, kommunistisch regierte Länder hat sich mittlerweile auf den gesamten Erdball ausgeweitet, informierte der Geschäftsführer von "Open Doors Österreich", Kurt Iglar. Und nach Verbesserungen der Verfolgungslage in den 2000er-jahren habe sich im vergangenen Jahrzehnt die Situation für viele Christen wieder dramatisch verschlechtert, wie auch aus dem am Mittwoch veröffentlichten Weltverfolgungsindex 2023 - der mittlerweile 30. Auflistung dieser Art - hervorgeht.

Wie Experte Müller sagte, ist dieser hochdifferenzierte Index eine gute Quelle für Einschätzungen der gesamten Menschenrechtssituation in einem Land: Religionsfreiheit sei dafür ein guter Indikator, denn ihre Einschränkung verletze u.a. auch das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit, jenes auf Bildung und Versammlungsfreiheit. Vielfach gebe es jedoch in westlichen Demokratien wie Österreich wenig Aufmerksamkeit für Christenverfolgung, war sich Müller mit den anderen Fachleuten am Podium einig. Der

katholische Publizist Hans Winkler meinte gar, das Thema sei Medienvertretern "peinlich"; Christen würden viel eher mit dem "Mainstream" assoziiert - auch in Ländern, wo sie eine kleine Minderheit bilden. Als schützenswerte Minderheit würden hierzulande eher Gruppen wie die Palästinenser in Nahost oder die Rohingya in Myanmar gelten.

Christen leiden in Nigeria und China

In der Rangliste der 50 Länder mit der stärksten Christenverfolgung nehmen die eingangs genannten Staaten Nigeria (Platz 6) und China (16) vordere Plätze ein. Ganz Subsahara-Afrika werde aktuell - ausgehend von Nigeria - von einer Welle religiös motivierter Gewalt heimgesucht. Im bevölkerungsreichsten afrikanischen Staat sei die Zahl der religiös motivierten Tötungen von 4.650 im letzten Jahr auf 5.014 gestiegen - das sind 89 Prozent der internationalen Gesamtzahl. Viel werde vom Ausgang der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen Ende Februar abhängen, sagte "Senior Persecution Analyst" Thomas Müller. Er befürchtet nichts Gutes für die Zukunft, denn das ehemals geltende Übereinkommen, dass Muslime und Christen abwechselnd das Staatsoberhaupt stellen, sei mittlerweile für die sich radikalierenden Muslime obsolet.

In China habe Covid-19 die Lage für die Christen verschlechtert, die Kontrolle über die Religionsfreiheit wurde weiter verschärft, so Müller. Für die Verbreitung christlicher Inhalte brauche man nun eine Lizenz, der Online-Kauf von gedruckten Bibeln sei verboten, Bibel-Apps und damit verbundene christliche Online-Ressourcen wurden gesperrt. Und die technischen Methoden in China zur Kontrolle der Bevölkerung - durch Iriserkennung, Fingerprints oder Handyortung - haben sich laut dem Menschenrechtsexperten vervielfacht, Gemeindefestnahmen seien unter dem Deckmantel der Pandemiebekämpfung massiv erschwert worden.

Intoleranter Islam schreckt ab

Auf eine bemerkenswerte Entwicklung im muslimischen Einflussbereich machte Geschäftsführer Iglar aufmerksam: Es gebe deutlich mehr Konversionen vom Islam zum Christentum, aus Schutz der Personen oft verdeckt und "inoffiziell". Eine Rolle spiele dabei die gerade unter jungen Gläubigen verbreitete Vision einer für Liebe und Frieden stehenden Lichtgestalt, die mit Jesus - im

Koran Isa - identifiziert wird. Iglar hält es für plausibel, dass die in den vergangenen Jahrzehnten im Islam gestiegene Intoleranz gegenüber Andersgläubigen und radikale Gruppen wie der IS oder Boko Haram moderate Muslime abschrecken und deren Interesse am Christentum schüren. (Infos sowie Download des Weltverfolgungsindex: www.opendoors.at)

Bischof Zsifkovics ruft zu mehr Mut in der Ökumene auf

Eisenstädter Bischof feierte mit evangelischem Superintendenten Jonischkeit ökumenischen Gottesdienst in evangelischer Kirche Gols

Eisenstadt, 19.01.2023 (KAP) Ein eindringliches Plädoyer zur Ökumene kam am Mittwochabend vom Eisenstädter Bischof Ägidius Zsifkovics. Er stand in der evangelischen Kirche in Gols gemeinsam mit dem evangelischen Superintendenten Robert Jonischkeit und Pfarrerin Ingrid Tschank einem ökumenischen Gottesdienst zur Gebetswoche für die Einheit der Christen (18.-25. Jänner) vor. "Wir bitten um Gottes Geist, der unbändig und unberechenbar ist, wir bitten um die Kraft der Versöhnung, die nie vergeblich ist, wir bitten um den Mut der Überwindung all dessen, was uns noch gegenseitig ausgrenzt", so Zsifkovics in seiner Predigt. Und er fügte hinzu: "Wer sind wir, dass wir Gott nicht zutrauen könnten, dass er uns zur Einheit befähigt?"

Die Einheit sei zwar noch lange nicht erreicht, aber trotzdem habe man schon viel voneinander gelernt. Der Bischof verwies auch auf Papst Franziskus, der am vergangenen Sonntag in Rom sagte: "Der Weg zur christlichen Einheit und der Weg der Kirche zur synodalen Umkehr sind miteinander verbunden." Gerade für den Synodalen Prozess, der derzeit in der katholischen Kirche läuft, könne man viel von den Kirchen der Reformation und von den Kirchen der Orthodoxie lernen, so Zsifkovics, "und dafür sind wir sehr dankbar".

Der Gottesdienst stand unter dem Motto "Tut Gutes! Sucht das Recht!", das aus dem biblischen Buch Jesaja stammt. Wie Bischof Zsifkovics in seiner Predigt sagte, scheine die Welt aus dem Ruder zu laufen. Er benannte u.a. Kriege, zunehmende soziale Ungerechtigkeiten, einen zunehmenden Mangel an Ehrfurcht vor dem

menschlichen Leben oder auch die negativen Auswirkungen der sozialen Kommunikationsmittel. "Wir müssen ehrlich zugeben: irgendwie sind wir entgleist und wir wissen nicht, wohin die Reise geht", so der Bischof weiter. Und auch die Kirchen seien in diesen Umwälzungen keine Inseln des Heils mehr, "keine Zufluchtsstätten menschlicher Sehnsucht".

Der Prophet Jesaja habe vor tausenden Jahren freilich mit ähnlichen Herausforderungen gelebt: Kriege, Unruhen, die Gier nach Reichtum und Macht, Götzendienst, die Unterdrückung der Armen, die Irrwege des Volkes Israel. Und als prophetische Stimme Gottes habe er das große Wort "Lernt, Gutes zu tun! Sucht das Recht!" gesagt. Dies sei laut Bischof Zsifkovics "die Schule der Menschwerdung, der Weg des neuen Menschen - sicher viel mehr als ein billiges Rezept, das heute vielfach verlockend und verführerisch angeboten wird". Die Suche nach dem Recht und das Vollbringen des Guten sei "kein billiges Gebrauchsrezept zum Christsein, sondern Ermütigung im Glauben für alle."

Superintendent Jonischkeit wies in seinen Ausführungen ebenfalls auf das Thema des Gottesdienstes hin, das auch das Motto der gesamten Gebetswoche ist. Der Prophet Jesaja habe das Volk Gottes seiner Zeit aufgefordert, "zu lernen, gemeinsam Gutes zu tun, gemeinsam Recht zu suchen, gemeinsam den Unterdrückten zu Hilfe zu kommen, gemeinsam die Waisen zu verteidigen und für die Witwen einzutreten". Diese Herausforderung des Propheten "gilt auch für uns heute. Wie können wir unsere Einheit als Christen leben, um den Übeln und Ungerechtigkeiten

unserer Zeit entgegenzutreten?", fragte der Superintendent. Die Antwort darauf gelte es gemeinsam zu finden.

Pfarrerin Tschank erinnerte in ihrer Begrüßung an die lange Tradition ökumenischer Gottesdienste und Begegnungen in Gols, die vor 40 Jahren ihren Anfang genommen haben.

KA-Präsident Kaineder: Das Fremde ist eine Bereicherung

Präsident der Katholischen Aktion Österreich im Interview mit der Kooperationsredaktion der österreichischen Kirchenzeitungen anlässlich des 30-Jahr-Jubiläums des "Lichtermeers"

Salzburg/Wien, 19.01.2023 (KAP) Das Fremde ist eine Bereicherung: Das hat Ferdinand Kaineder, Präsident der Katholischen Aktion Österreich (KAÖ), anlässlich des 30-Jahr-Jubiläums des "Lichtermeers" betont. Eräußerte sich im Interview mit der Kooperationsredaktion der österreichischen Kirchenzeitungen (aktuelle Ausgabe). Kaineder hat 1993 mit Theologiestudierenden aus Linz am "Lichtermeer" in Wien teilgenommen. Dass heute eine solche Menschenmasse gegen Fremdenfeindlichkeit auf die Straße gehen würde, glaubte er nicht. Dennoch sah er hoffnungsvolle Initiativen in Kirche und Gesellschaft.

"Vielfalt, Diversität macht uns stärker und resilienter. Natürlich gibt es die Tendenzen, alles gleich zu machen. Das Christliche hat aber immer eine Affinität zum Fremden", unterstrich Kaineder. Es gehe sich einfach nicht aus, Jesus nachzufolgen und die Fremden zu verachten. Manches könne zu viel sein, dann seien rechtlich gute Regeln gefragt. "Aber im Prinzip ist in uns nicht nur eine Liebe zum Feind, sondern eine wirkliche Liebe zum Fremden. Das ist etwas, was wir wieder entdecken müssen": Das Leben im Daheimsein mit den Fremden. "Das ist anspruchsvoll, aber aus meiner Wahrnehmung die wirkliche Innovation. Gott selbst ist auch immer im Fremden gekommen."

Kaineder stellte der heutigen Fremdenfeindlichkeit Bewusstseinsbildung entgegen. Die KAÖ-Dossiers über Themen wie den Weg zum Frieden oder Geschlechtergerechtigkeit könnten als "Wegweiser" dienen. Er hob drei begleitende Faktoren hervor. Erstens liege in der Vergemeinschaftung von Menschen ein "Urbedürfnis". Zweitens sei es der KA "in die DNA geschrieben", die Stimme zu erheben für Menschen, die stimmlos gemacht werden. Drittens gehe es darum, Avantgarde zu sein für neue kirchliche Präsenzen. Die KA sei immer federführend dabei gewesen, Neues weiterzuentwickeln. Für die Frage der

Migration, "der Menschen, die unter uns Platz nehmen wollen", bedeute das, Gastfreundschaft zu zeigen. "Das ist nicht einfach, aber eine spannende Geschichte."

250.000 Menschen

Eine Viertelmillion Menschen wie 1993 auf die Beine zu bringen, hielt Kaineder heute für "de facto nicht mehr möglich". Die Verbündungskultur sei den Menschen in Österreich fremd geworden. "Was uns verbindet, ist uns fremd geworden. Wir müssen gesellschaftlich gemeinsam Zeichen finden, um gegen verschiedene Feindlichkeiten aufzutreten." Es sei fast normal geworden, "dass es Reiche gibt und andere, die uns nichts angehen". Das brauche auch Manifestationen, "dass wir viele sind und das nicht durchgehen lassen. "Damals, 1993, war es ein tiefes Bedürfnis, gemeinsam aufzutreten. Und die vielen Lichter waren wirklich beeindruckend", unterstrich er.

Beim "Lichtermeer" am 23. Jänner 1993 waren 250.000 Menschen, Zigtausende davon aus anderen Bundesländern. Die KA war sehr präsent, mit der damaligen KAÖ-Präsidentin Eva Petrik an der Spitze. "Jörg Haider hatte damals so richtig begonnen, auf populistische Art gegen Ausländerinnen und Ausländer zu hetzen. In der Gegenbewegung waren unterschiedlichste Gruppierungen zu finden", erinnerte sich Kaineder.

Es sei aber nicht von Anfang an selbstverständlich gewesen, dass sie im kirchlichen Bereich mitgetragen wurde. Doch neben Kardinal Franz König und Weihbischof Florian Kuntner hat auch Kardinal Hans Hermann Groër an den Kundgebungen teilgenommen. Kaineder erinnerte daran, dass auch die Themen des "Ausländervolksbegehrens" in der Kirche kontrovers diskutiert wurden. "Es gab Katholikinnen und Katholiken, die mit Haider sympathisiert haben. Das ist bis heute ein offener Graben. Es ist die populistische Kunst, mit dem

Sündenbockmechanismus zu arbeiten." Das bringe Wählerstimmen. "Die Ausländer- und Migrationsphobie, die geschürt wurde, hat sich wie

ein roter Faden durchgezogen und ist heute genauso Thema wie damals", so der KA-Präsident.

Genetiker Hengstschläger: Kein Widerspruch von Wissenschaft und Glaube

Leiter des Instituts für Medizinische Genetik in Wien: Warum man als Wissenschaftler nicht gläubig sein kann "hat sich für mich noch nicht erschlossen" - Ethischer Konsens, dass Keimbahntherapien nicht angewendet werden sollten

Wien, 19.01.2023 (KAP) Der Wiener Genetiker und Buchautor Markus Hengstschläger sieht keinen Widerspruch darin, ein Naturwissenschaftler und gleichzeitig ein gläubiger Mensch zu sein. "Ein tägliches Leben zu führen ohne zu glauben - Sie können dabei über Religion reden oder auch ganz allgemein über andere Dinge - wäre für mich undenkbar", sagte der Leiter des Instituts für Medizinische Genetik an der Universität Wien im Gespräch mit der Wiener Kirchenzeitung "Der Sonntag" (aktuelle Ausgabe). Wichtig sei aber, Wissenschaft und Glaube "klar zu trennen". "In meiner wissenschaftlichen Arbeit darf der Glaube keinerlei Rolle spielen. Aber daraus zu schließen, dass ein Wissenschaftler nicht gläubig sein kann, das hat sich für mich noch nicht erschlossen", so Hengstschläger.

Dabei sei sein Interesse an den Naturwissenschaften schon in der Schule vorhanden gewesen, sagte Hengstschläger. An der Genetik habe ihn immer schon der Umstand fasziniert, dass man rasch von der Forschung auch zur Anwendung zum Nutzen des Menschen kommen könne. Das gelte heute nach wie vor, so der Autor mehrerer Bücher. Im Zentrum für Genetik beschäftige er sich im Wesentlichen damit, welche Rolle Gene bei der Entstehung von Erkrankungen des Menschen spielen.

Ebenso betreue man Patientinnen und Patienten, die in das Institut überwiesen werden. Dann mache man die Diagnostik und forsche an vielen dieser Erkrankungen. "Es gibt sogenannte monogene Erkrankungen, bei denen eines der etwa 22.000 Gene des Menschen, wenn es eine Veränderung erfährt, eine sogenannte Mutation, kausal mit der Entstehung von Erkrankungen verbunden ist", erklärte Hengstschläger. Davon kenne man mittlerweile Tausende.

Ethischer und biologischer Konsens

Über Gentherapie könne man aber auch Menschen in ihrer Gesamtheit genetisch verändern, wenn man sie sehr früh einsetzt, so der

Wissenschaftler. Bei einer künstlichen Befruchtung etwa, die man normalerweise im Kontext eines unerfüllten Kinderwunsches anwendet, würde man den Embryo, bevor man ihn in die Gebärmutter einsetzt, mittels Genschere genetisch verändern. Die Veränderung würde dann alle Zellen dieses Embryos betreffen und damit später auch alle Zellen dieses Menschen. "Solch eine sogenannte Keimbahntherapie ist in Österreich und in den meisten Ländern der Welt gesetzlich verboten", stellte Hengstschläger klar.

Es herrsche "breiter Konsens sowohl auf biologischer als auch auf ethischer Ebene, Keimbahntherapie aktuell nicht anzuwenden", er selber schliesse sich dieser Meinung an. "Das hat einerseits ethische Gründe, über die man diskutieren soll, und andererseits auch rein biologische Gründe." Die Technik müsse etwa noch verbessert werden und eine entsprechende Abschätzung aller Folgen solcher Keimbahneingriffe, die den ganzen Menschen betreffen, sei noch nicht wirklich möglich.

Menschen ermutigen

In der Wissenschaft gelte es aber auch, stetig voranzuschreiten. Generell sei es ihm ein Anliegen, Menschen zu ermutigen, etwas auszuprobieren und Vorschläge zu machen. "Und dann schauen wir gemeinsam, ob es funktioniert. Wenn der Vorschlag nicht funktioniert, lernt man gleich etwas bezüglich Fehlerkultur", zeigte er sich überzeugt

So funktioniere auch die Wissenschaft: "Man muss einfach die Erfahrung machen können, dass nicht jeder Vorschlag zu einer Lösung führt." Vielmehr gehe es darum, Resilienz zu entwickeln und zu lernen, mit Rückschlägen umzugehen. "Durch das Zulassen, mehr noch durch das Ermutigen, Lösungsfindungsprozesse zu üben, entsteht automatisch eine aktive Lösungsbegabung."

Dadurch werde schlussendlich das gefördert, was man "kollektive Lösungsbegabung"

nennen könnte. Diese werde insbesondere in Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen, Energiewende, Klimatransformation, Pandemie, "in höchstem Maße" benötigt, zeigte sich der Wissenschaftler überzeugt. "All das müssen wir im Kollektiv lösen. Und dann kommt noch dazu, dass es doch eigentlich das coolste Gefühl für einen

Menschen ist, eine Idee zu entwickeln, die zu einer Lösung führt oder beiträgt." Das fördere das Selbstbewusstsein und trage zur Entfaltung der Persönlichkeit bei, so Hengstschläger.

Das Gespräch mit Markus Hengstschläger kann man auf radioklassik.at in den Podcasts unter der Rubrik "Lebenswege" nachhören.

Diözese St. Pölten feierte "Tag der Diakone"

Im westlichen Niederösterreich aktuell 75 Ständige Diakone ihren ehrenamtlichen Dienst aus - Bischof Schwarz: Diakonat ist eigenständiges Amt, Diakon kein "reduzierter Priester"

St. Pölten, 19.01.2023 (KAP) "Es braucht in und aus allen Lebensfeldern Diakone": Das war ein zentrales Anliegen von Bischof Alois Schwarz beim "Tag der Diakone" im St. Pöltner Bildungshaus St. Hippolyt. Mehr als 60 Ständige Diakone und ihre Ehefrauen aus allen Regionen der Diözese St. Pölten nahmen daran teil, wie die St. Pöltner Kirchenzeitung "Kirche bunt" in ihrer aktuellen Ausgabe berichtet.

Bischof Schwarz sah die Aufgaben der Diakone in seinen Ausführungen vordringlich in den Bereichen Nächstenliebe (Caritas), Verkündigung und Mitgestaltung des christlichen Lebens sowie in der Liturgie. Von Anbeginn des Christentums an habe der diakonale Dienst zentral dazu gehört, aktuell sei der Ständige Diakonat ein Dienst an allen, nicht nur an "den armen Menschen". Die Ränder der Gesellschaft seien vielschichtiger geworden, dies gelte es zu beachten, so der Bischof. Der diakonale Dienst solle auch mithelfen, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Der Diakonat sei ein eigenständiges Amt und ein Ständiger Diakon "kein reduzierter Priester", bekräftigte Schwarz.

Soziales, Liturgie und Gebet

Zum diakonalen Grundvollzug zähle die Sorge um Menschen am Rande der Gesellschaft, ergänzte Generalvikar Christoph Weiss. Aufgabe des Ständigen Diakons sei es, diese Sorge in die Liturgie einzubringen und andere am Dienst für Mitmenschen zu motivieren. Der Dienst beginne freilich geistlich mit dem Gebet und der Feier der Eucharistie.

Der Generalvikar betonte, dass sich alle pastoralen Bemühungen und Neuausrichtungen dem allgegenwärtigen Wandel der Zeit widmen

müssten. "Gerade auch wir als Kirche haben uns diesen Herausforderungen zu stellen." Dies beginne bei demografischen Umbrüchen, den Größen der Pfarren, der Ressource Personal oder den finanziellen Mitteln. Die Frage sei, wie man damit umgehe. Ein aktueller Zugang sei, dass die Diözese die Entwicklung von Pfarrverbänden proaktiv begleite. Gebot der Stunde sei es, Prioritäten zu setzen und Ressourcen effizient einzusetzen, so der Generalvikar.

Breites Betätigungsfeld

In der Diözese St. Pölten üben aktuell 75 Ständige Diakone ihren ehrenamtlichen Dienst aus. Seit 1970 wurden in der Diözese 108 Diakone geweiht, die ersten am 4. Oktober 1970. Der Diakonat war vom Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) als eigene und beständige hierarchische Stufe - wie es schon in der frühen Kirche üblich war - wiederhergestellt worden. Seit 1968 können auch verheiratete Männer in der katholischen Kirche zu "Ständigen Diakonen" geweiht werden.

Tätig sind die Diakone in der Liturgie, der Verkündigung und im karitativen Bereich. Die meisten wirken ehrenamtlich in Pfarrgemeinden, etliche haben aber auch Aufgabenbereiche in der Krankenseelsorge, Seniorenpastoral, Gefängnisseelsorge oder in Bildungshäusern übernommen. Statistisch gibt es in jeder vierten Pfarre in Österreich einen Diakon.

Neben dem verheirateten Diakon gibt es auch den unverheirateten. Dieser muss vor der Weihe das Zölibatsversprechen ablegen. Für die meisten unverheirateten Diakone ist der Diakonat ein Zwischenschritt zur Priesterweihe.

Wiener Tagung anlässlich "300 Jahre Erhebung zur Erzdiözese"

Noch bis Freitag wird von Expertinnen und Experten "der lange Weg zum Erzbistum Wien" nachgezeichnet und diskutiert - Generalvikar Krasa: "Komplexe Geburtsgeschichte" der Erzdiözese prägt diözesanes Handeln bis heute

Wien, 19.01.2023 (KAP) In Wien hat am Donnerstag eine Fachtagung anlässlich des Jubiläums "300 Jahre Erhebung Wiens zu Erzdiözese" begonnen. Unter dem Titel "Der lange Weg zum Erzbistum Wien - Der Erhebungsakt 1723 und seine Folgen" kommen noch bis Freitag im Wiener Curhaus Expertinnen und Experten verschiedener Disziplinen zu Wort. Nikolaus Krasa, Generalvikar der Erzdiözese Wien, betonte in seiner Begrüßung die "komplexe Geburtsgeschichte" der Erzdiözese, die dem durchschnittlichen Mitglied der Erzdiözese wohl "nicht sehr bekannt" sei. Diese "nicht sehr lineare, klare Geschichte", mit immer wieder unterschiedlichen Handlungsträgern, präge das diözesane Handeln bis heute, so der Befund Krasas.

Organisiert wurde die Tagung vom Diözesanarchiv der Erzdiözese Wien in Kooperation mit dem Institut für Österreichische Geschichtsforschung an der Universität Wien und dem Verein für Geschichte der Stadt Wien. Auch die Stadt Wien und die Online-Plattform "Wien Geschichte Wiki" waren in die Planung eingebunden. Bei letztgenannter Plattform werden im Rahmen der Tagung zudem die Eintragungen zum Thema "Erzbistum Wien" präsentiert.

Christian Lackner, Direktor des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, betonte den Ausdruck der Verwunderung über die späte Errichtung des Erzbistums, der schon im Titel mitschwinge. So klaffe die politische und die kirchliche Rolle durchaus auseinander, obwohl unbestreitbar sei, dass Wien neben Paris und Madrid lange eine der drei europäischen katholischen Metropolen war.

Am Eröffnungstag standen weiters die Vorgeschichte und Bistumspläne des Mittelalters im Zentrum, welche Lackner selbst präsentierte. Auch der Wiener Kirchenhistoriker Thomas Prügl thematisierte die Gründungsvorgeschichte in seinem Vortrag "Bischof und Universität. Universaler Anspruch und ortskirchliche Realität", in dem er insbesondere die Verquickungen zwischen Kirche, Politik und Universität in das Zentrum stellte.

Weiterer Vortragender am Donnerstag war der Historiker Herwig Weigl, der über die

Erhebung zum Erzbistum durch Papst Innozenz XIII. und die Bereitstellung eines Suffraganbischofs sprach. Der Salzburger Stiftsarchivar Gerald Hirtner beleuchtete die Erhebung zum Erzbistum in Salzburger Quellenbeständen. Die Leiterin des Archivs der Erzdiözese Wien, Johanna Kößler, sprach hingegen über "Die Erhebung zum Erzbistum und die Rolle des Diözesanarchivs".

Der Kirchenrechtler Stefan Schima von der Universität Wien erörterte kirchenrechtliche Konsequenzen der Erhebung eines Bistums zum Erzbistums. So sprach er über die Rolle des Metropoliten und seine Stellung im Recht der Lateinischen Kirche im 18. Jahrhundert und ordnete diese ein. Ebenso skizzierte er die Befugnisse, Rechte und Pflichten, die einem Erzbischof als Metropoliten gegenüber seinen Diözesanbischöfen in seiner Kirchenprovinz zukommen, etwa die Pflicht, disziplinäre Verstöße offiziell nach Rom zu melden.

Weitere Referenten des Eröffnungstags waren die deutsche Historikerin Hannelore Putz (Passau und Wien - Perspektiven einer spannungsreichen Beziehung im 18. Jahrhundert) und der Archivwissenschaftler Stefan Seitschek (Der Wiener Hof und das Erzbistum).

Erhebungsakt 1723

Um die Wiener (Erz-)Bischöfe geht es dann am Freitag. Zunächst aus Perspektive der Denkmalforschung und Architektur, mit Beiträgen von Günther Buchinger und Doris Schön über das erzbischöfliche Palais. Auch die Erzbischofswürde und deren Folgen für das Zeremoniell oder auch die Begräbnisfeierlichkeiten werden thematisiert. Am Freitagnachmittag spricht die Musikwissenschaftlerin Elisabeth Hilscher über die Kirchenmusik, die Historikerin Renate Kohn über die Grabdenkmäler der Erzbischöfe und ihr Fachkollege Stephan Steiner über die Beziehung letzterer zu den Protestanten. Über das 19. und 20. Jahrhundert der Erzdiözese Wien unter Kaisern, Republiken und Diktaturen spricht abschließend dann der Kirchenhistoriker Rupert Klieber.

Im Fokus der Tagung stehen der Erhebungsakt von 1723 und seine Folgen. Dabei war der Tag der offiziellen Erhebung bereits im Jahr

davor: Eine Bulle von Papst Innozenz XIII. vom 1. Juni 1722 war dafür ausschlaggebend, deren Eintreffen in Wien war jedoch erst am 14. Februar 1723, der feierliche Festakt zur Erhebung schließlich zehn Tage darauf. Jedoch schon ab 1722

durfte sich der Wiener Bischof Sigismund Kollonitz erster Fürsterzbischof von Wien nennen und erhielt auch die Kardinalswürde, die fortan an fast alle seine Nachfolger im Erzbischofsamt verliehen wurde.

Ordensklinikum Linz mit medizinischer Innovation

Österreichweit erstes interdisziplinäres Zentrum für Infektionsmedizin und Mikrobiologie im Linzer Ordensspital

Linz, 19.01.2023 (KAP) Seit fast 50 Jahren hat der Umgang mit Infektionen am Ordensklinikum der Barmherzigen Schwestern in Linz höchsten Stellenwert. Jetzt wurde das bisher österreichweit einzige "Interdisziplinäre Zentrum für Infektionsmedizin und Mikrobiologie" (iZIM) eingerichtet. Unter Einbindung aller Fachabteilungen beider Standorte kümmert sich das Zentrum um alle Aspekte rund um das Thema "Infektion", wie es am Donnerstag in einer Presseausendung hieß.

Nach Herz-Kreislauf- und Tumorerkrankungen machen Infektionen die dritthäufigste Todesursache aus. Die demografische Entwicklung verschärfe die Problematik. Eine immer älter werdende Bevölkerung mit laufend schwächer werdenden Immunsystem, immer komplexeren medizinischen Eingriffen und immunsuppressiven Therapien trage dazu bei, dass Krankheitserreger mehr denn je auf dafür "anfällige" Patientengruppen, sogenannte "Risikogruppen", treffen und schwere Krankheitsverläufe auslösen würden.

"Als Oberösterreichs onkologisches Leitspital betreuen wir viele Patientinnen und Patienten mit geschwächter Immunabwehr, die besonders infektionsgefährdet sind. Diese benötigen, um ihre Grundkrankheit zu bewältigen, auch eine herausragende Expertise auf dem Gebiet der Mikrobiologie und Infektionsmedizin", so Elisabeth Bräutigam, Ärztliche Direktorin am Ordensklinikum: "Um die Ziele des Zentrums umzusetzen, sind deshalb fächerübergreifend alle Abteilungen des Ordensklinikums als Zentrumspartner mit eingebunden."

"Der Aufbau eines interdisziplinären Zentrums für Infektionsmedizin und Mikrobiologie war am Ordensklinikum Linz bereits vor der Pandemie in Planung und wurde nun, basierend auch auf den Erfahrungen während der Pandemie, schnellstmöglich umgesetzt", so der medizinische Klinikum-Geschäftsführer Stefan Meusbürger.

Evangelische Pfarrgemeinden zeigen Maßnahmen zum Klimaschutz

Zehn YouTube-Videos mit Beiträgen aus ganz Österreich als Impulsgeber veröffentlicht

Wien, 19.01.2023 (KAP) Konkrete Maßnahmen evangelischer Pfarrgemeinden im Bereich Klima- und Umweltschutz zeigen zehn Videos, die auf dem YouTube-Kanal der Evangelischen Kirche in Österreich veröffentlicht wurden. In den rund zweiminütigen Clips präsentieren die Pfarren aktuelle Projekte und Ideen für die Zukunft. "Das Klima zu schützen, ist eine riesige Aufgabe", betont Marie-Christine Mattner, Klimaschutzreferentin der Evangelischen Kirche in Österreich, laut Evangelischem Pressedienst EpdÖ. Dabei gehe es darum, "nicht stehenzubleiben, sondern mit neuem Schwung und Mut weiterzumachen".

Entstanden ist das Projekt im "Jahr der Schöpfung", das die evangelische Kirche 2022 begangen hatte. In den Beiträgen fanden sich zahlreiche Anregungen für andere Pfarrgemeinden, auch im neuen Jahr 2023 und darüber hinaus im Bereich Schöpfungsverantwortung aktiv zu werden, so Mattner.

Die Ideen reichen von Fotovoltaikanlagen auf dem Dach des Pfarrhauses der Pfarre Korneuburg inklusive Beteiligungsmodell, über eine Müll-Reinigungsaktion am Inn in Innsbruck bis hin zu Diskussionsformaten und Workshops mit den "Scientists for Future" in der Pfarrgemeinde Wien-Neubau. Die Pfarrgemeinde Gröbming in

der Steiermark indes engagiert sich im Bereich Lebensmittelrettung. So werden zweimal pro Woche abgelaufene und von Supermärkten gespendete Lebensmittel "fair-teilt".

Klimaschutzreferentin Marie-Christine Mattner zeigte sich dankbar über die vielfältigen

Beispiele für Umwelt- und Klimaschutz. Indem man dieses Engagement durch die Videos auf YouTube sichtbar mache, "können andere Menschen und man selbst ermutigt und inspiriert werden, sich für die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen", zeigte sie sich überzeugt.

Tirol: Katholisches Bildungswerk startet Lehrgang "Biografiearbeit"

Infoabend zum Weiterbildungsprogramm mit vier Modulen über Selbstreflexion, Kommunikation, Zeitgeschichte und Methoden am 15. Februar

Innsbruck, 19.01.2023 (KAP) Mit dem neuen Zertifikationslehrgang "Biografiearbeit", der Ende März startet, möchte das Katholische Bildungszentrum Tirol Lust auf eine persönliche Entdeckungsreise machen und das dazu notwendige Handwerkszeug vermitteln. Das Weiterbildungsprogramm richtet sich an Menschen in jedem Lebensalter. Biografiearbeit sei in unterschiedlichen Arbeitsfeldern sowie Kontexten einsetzbar und habe das Ziel, die eigenen Identität zu stärken und dabei zu helfen, das eigene Leben zu reflektieren, heißt es auf der Webseite des Bildungswerkes.

Der Lehrgang ist in vier Module gegliedert, die auf März bis Dezember aufgeteilt sind. In diesen Modulen werden unter anderem die Themen Selbstreflexion, Kommunikation, Zeitgeschichte und Methoden in der Biografiearbeit

sowie Didaktik und Methoden der Biografiearbeit behandelt. Teilnehmer und Teilnehmerinnen sollen Einblicke in die vielfältigen und kreativen Methoden der Biografiearbeit bekommen. Neben dem Erlernen der Grundlagen und Hintergründe geht es um die Möglichkeit, Biografiearbeit selbst zu erleben. Während der Weiterbildung werde ein eigenes Praxisprojekt durchgeführt und dieses in weiterer Folge in einer schriftlichen Arbeit reflektiert.

Geleitet wird der Lehrgang von Unternehmensberaterin Susanne Hölzl, der Lebensberaterin Helga Zoe Schwarz und Erwachsenenbildnerin Sabine Sauttner. Ein online Infoabend findet am 15. Februar um 18 Uhr statt. Anmeldeschluss für das Programm ist der 28. Februar 2023.

(Info: <https://www.bildung-tirol.at/>)

V A T I K A N & R O M

Papst an Buddhisten: Lasst uns mehr für die Umwelt tun!

Franziskus an Delegation aus Kambodscha mit buddhistischen Mönchen und katholischem Bischof: Beide Religionen bieten Ressourcen für "ökologische Umkehr"

Vatikanstadt, 19.01.2023 (KAP) Buddhisten und Christen sollen nach Aussage des Papstes noch besser gegen Gier, übermäßige Gewinnsucht und mangelnde Solidarität arbeiten. Für eine entsprechende ökologische Umkehr böten beide Religionen auch spirituelle Ressourcen, sagte das katholische Kirchenoberhaupt bei einem Treffen mit einer Delegation aus Kambodscha am Donnerstag im Vatikan.

Religionen müssten noch stärker kooperieren, um "auf allen Ebenen nach integrierten Lösungen zu suchen, die in der Achtung der

grundlegenden Interdependenz zwischen der Menschheitsfamilie und der Natur verankert sind", sagte Franziskus weiter. Dabei erinnerte er an den gemeinsamen Appell von Religionsführern und Wissenschaftler vor dem Klimagipfel COP 26 im Herbst 2021 in Glasgow.

Um die ernsthaften Bedrohungen von Menschheit und Planet zu stoppen, ist laut Franziskus echte Reue nötig. Nur so ließen sich soziale und wirtschaftliche "Trends, Ideologien und Praktiken, die der Erde schaden und sie missachten", verlangsamen oder stoppen.

So habe etwa Buddha seinen Schülern das Vermächtnis hinterlassen, keine Lebewesen zu verletzen und einen einfachen Lebensstil zu führen. Christen ihrerseits erfüllten ihre ökologische Verantwortung, "wenn sie als vertrauenswürdige Verwalter die Schöpfung schützen, das Werk, das

Gott ihnen anvertraut hat, 'zu bebauen und zu bewahren'".

Der kambodschanischen Delegation gehörten buddhistische Mönche, Vertreter der Zivilgesellschaft sowie der katholische Bischof der Hauptstadt Phnom-Penh, Olivier Schmitthaeuser, an.

Franziskus an Christen aus Finnland: Glauben gemeinsam verkünden

Papst: Zur Leidenschaft für die Ökumene gehört auch gemeinsamer Einsatz für Gerechtigkeit

Vatikanstadt, 19.01.2023 (KAP) Zu mehr Leidenschaft in der Ökumene hat Papst Franziskus Christen in Finnland aufgerufen. Dazu gehöre vor allem auch der gemeinsame Einsatz für Gerechtigkeit und gelebte Nähe zu den "Opfern von Ungerechtigkeit, Ausgrenzung, verschiedenen Formen der Unterdrückung und insbesondere von Kriegen", sagte Franziskus bei einem Treffen mit Kirchenvertretern am Donnerstag im Vatikan. Der finnischen Delegation gehören Vertreter der lutherischen, orthodoxen, katholischen und methodistischen Kirche an.

Heute brauche es vor allem einen "glühenden Eifer für die Evangelisierung", um sich in der gemeinsamen Verkündigung als Brüder und

Schwestern wiederzuentdecken, so der Papst. Die christliche Botschaft lasse sich nicht würdig verbreiten, ohne die Einheit der Christen zu bezeugen.

Anlass des jährlichen Besuches ist der Namenstag des heiligen Heinrich von Uppsala (um 1110 - 1156). Dieser wird von evangelischen Christen am 19. Jänner und von Katholiken am 20. Jänner begangen. Zudem wird in den Tagen vom 18. bis 25. Jänner die weltweite Gebetswoche für die Einheit der Christen begangen. Zu deren Abschluss leitet der Papst ein ökumenisches Abendgebet in der Basilika Sankt Paul vor den Mauern in Rom.

Vatikan will beim Thema Künstliche Intelligenz mitreden

Für Fundamentalisten und Wissenschaftsleugner ist Künstliche Intelligenz (KI) Teufelszeug - Anders der Vatikan: Er versucht, auch in diesem Bereich ethische Fragen einzubringen - Eine eigene Stiftung fördert den globalen KI-Dialog - Von Ludwig Ring-Eifel (Kathpress)

Vatikanstadt, 19.01.2023 (KAP) Inmitten der Nachwirkungen des plötzlichen Todes von Benedikt XVI. und den darauffolgenden Debatten ging ein zukunftsweisendes Ereignis im Vatikan beinahe unter. Auf Einladung von Erzbischof Vincenzo Paglia und der Päpstlichen Akademie für das Leben waren Delegationen aus mehreren globalen Unternehmen und Religionsgemeinschaften nach Rom gekommen, um über ethische Implikationen und Grenzen von Künstlicher Intelligenz (KI) zu debattieren. Am Ende unterzeichneten sie eine gemeinsames Dokument, das Englisch als "AI Ethics" (Deutsch: KI-Ethik) überschrieben ist.

Es ist das zweite Grundsatzdokument eines als "Rome Call" bezeichneten Formats, das erstmals im Februar 2020 unmittelbar vor Ausbruch der Corona-Pandemie im Vatikan

zusammenkam. Es umfasst so unterschiedliche Player wie Brad Smith von Microsoft, Dario Gil von IBM und den Chef-Volkswirtschaftler der FAO, Maximo Torero Cullen. Erstmals mit dabei waren diesmal auch Delegationen des Judentums und des Islam.

Gemeinsamer Bezugspunkt für die Debatten sind die grundlegenden Aussagen von Papst Franziskus in der Enzyklika "Fratelli Tutti" (2020) zur Digitalität. Zwar spricht der Papst dort das Thema KI noch nicht explizit an, wägt aber ganz grundsätzlich die Chancen und Gefahren der digitalen Kommunikation und der sozialen Netzwerke ab.

Als institutionelle Grundlage hat Papst Franziskus im April 2021 auf Vorschlag von Paglia die "RenAIssance Foundation" ins Leben gerufen. Sie ist mit eigenständigem

kirchenrechtlichem Status an der Päpstlichen Akademie für das Leben angesiedelt, gilt als "Non Profit Organisation", und ist berechtigt, Spendengelder einzuwerben. Die Stiftung soll "anthropologische und ethische Reflexion über die neuen Human-Technologien fördern" und mit internationalen Organisationen, Staaten, Universitäten und Unternehmen zusammenarbeiten. Schwerpunkt ist die Erforschung von KI und die Suche nach einer Ethik für die neuen Technologien.

An dem diesjährigen Treffen in Rom nahmen als jüdischer Vertreter Rabbi Eliezer Simha Weisz vom Oberrabbinat in Israel und für den Islam Scheich Abdallah bin Bayyah (Vereinigte Arabische Emirate) teil. Das Grundsatzreferat hielt Paolo Benanti, Professor für "Ethik der Technologien" an der Gregoriana und wissenschaftlicher Direktor der "RenAIssance Foundation". Der Franziskanerpater gilt in Rom als einer der führenden katholischen Denker zum Thema KI und als Berater des Papstes in Fragen der KI-Ethik.

In einer Ansprache an die Teilnehmer zeigte sich Franziskus erfreut, dass seine grundlegenden Ideen aus der Enzyklika Fratelli Tutti nun auch in der Debatte um KI als Inspiration wirkten. Offenbar gebe es einen Konsens

darüber, dass auch diese Technologie dem Allgemeinwohl und der Sorge um das gemeinsame Haus der Menschheit dienen solle.

"Wir sind uns alle bewusst, wie KI in jedem Aspekt unseres Lebens immer mehr präsent ist, sowohl im Persönlichen wie im Sozialen. Sie betrifft die Art und Weise, wie wir die Welt und uns selbst verstehen", so der Papst. Deshalb sei er froh, dass auch Vertreter der anderen Religionen in die Suche nach einer "Algor-Ethik" einbezogen würden, also eine ethische Reflexion über die Nutzung von Algorithmen.

Er rief die Teilnehmer auf, wachsam zu sein, damit nicht der Gebrauch dieser digitalen Werkzeuge auf Kosten der Schwächsten geschehe. "Es ist nicht akzeptabel, dass die Entscheidung über das Leben und die Zukunft eines Menschen einem Algorithmus anvertraut wird!", betonte Franziskus. Er hoffe, dass der "Rome Call" dazu beitrage, eine "digitale Anthropologie" weiterzuentwickeln, die Ethik, Erziehung und Recht umfasse. Die Teilnehmer rief er auf, "mit Kühnheit und Unterscheidung" an den Themen weiterzuarbeiten. Dabei sollten sie alle einbeziehen, denen das Wohl der Menschheitsfamilie am Herzen liege.

Benedikt hielt Mahlfeier mit Protestanten für theologisch unmöglich

Posthume Mahnung des am Silvestertag verstorbenen ehemaligen Papstes in neuem Buch mit teils bislang nicht öffentlich zugänglichen Aufsätzen von Benedikt XVI. erschienen

Rom, 18.01.2023 (KAP) Der frühere Papst Benedikt XVI. hielt eine gemeinsame Mahlfeier von Katholiken und Protestanten wegen grundlegender Unterschiede für unmöglich. Seine Überlegungen zu diesem Thema hat er in einem Aufsatz verarbeitet, der in dem am Mittwoch posthum erschienenen Buch "Was ist das Christentum?" enthalten ist. Teile des Aufsatzes waren bereits 2020 in einem Buch erschienen, das zu großen Teilen Kardinal Robert Sarah geschrieben hatte. Die Auseinandersetzung mit dem Protestantismus ist jedoch neu.

Benedikt XVI. beklagt in dem jetzt veröffentlichten Text, dass sich das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) "nicht mit der grundsätzlichen Infragestellung des katholischen Priestertums durch die Reformation des 16. Jahrhunderts auseinandergesetzt" habe. Das sei eine verborgene "Wunde, die sich nun bemerkbar macht und die nach meiner Ansicht nun endlich einmal offen und grundsätzlich angegangen werden

muss". Der ehemalige Papst gibt zu bedenken, dies sei "ebenso wichtig wie schwierig, weil daran das gesamte Problem der Schriftauslegung hängt, deren Hermeneutik durch Luther definiert wurde".

Benedikt XVI. sieht Luthers grundsätzlichen Fehler darin, dass er einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen dem Priester-Begriff des Alten Testaments und dem von Jesus gestifteten Priestertum konstruierte. Luthers gesamte Konstruktion gründe auf dem Kontrast von Gesetz und Evangelium, zwischen Rechtfertigung durch Werke und Rechtfertigung allein durch den Glauben. In Wahrheit habe aber schon die frühe Kirche das Priestertum des Alten Testaments mit den Dienstämtern des Neuen Testaments verbunden und die Rechtfertigung durch Glauben und durch Werke nicht als Gegensatz gesehen.

Wegen ihrer völlig entgegengesetzten theologischen Grundlagen "sei es ganz klar, dass 'Abendmahl' und 'Messe' zwei

grundverschiedene Formen des Kults sind, die einander von ihrem Wesen her ausschließen. Wer heute die Interkommunion predigt, sollte sich daran erinnern", so die posthume Mahnung des ehemaligen Papstes, der am Silvestertag verstorben ist.

Zu innerkatholischen Streitigkeiten um das Messopfer merkte Benedikt an, bei der Liturgiereform nach 1969 hätten "Luthers Thesen unausgesprochen eine gewisse Rolle gespielt, so dass manche Kreise behaupten konnten, das Dekret des Konzils von Trient über das Messopfer sei stillschweigend abgeschafft worden". Er äußerte daher die Vermutung, dass die Härte des Widerstands gegen die Alte Messe zum Teil auch daher komme, "dass manche in ihr eine nicht mehr akzeptable Vorstellung von Opfer und Sühne am Werk sahen".

Zum Schluss seiner bislang unveröffentlichten Überlegungen hält der frühere Papst fest: "Es ist offensichtlich, dass das moderne Denken (...) mit Luthers Ansatz besser zurechtkommt als mit dem katholischen. Denn eine pneumatologische Schriftauslegung, die das Alte Testament als

einen Weg hin zu Jesus Christus deutet, ist für das moderne Denken beinahe unzugänglich. Aber dennoch ist klar, dass Jesus nicht im Sinne eines radikalen 'sola fide' gedacht hat, sondern im Sinne einer Erfüllung des Gesetzes und der Propheten. Es ist Aufgabe der neuen Generation, die Voraussetzungen für ein erneuertes Verständnis dessen zu schaffen, was ich hier dargelegt habe."

Das seit Mittwoch im Buchhandel zunächst nur in italienischer Sprache erhältliche Buch "Che cos'è il Cristianesimo" ("Was ist das Christentum?") enthält 16 Texte aus der Zeit nach Benedikts Rücktritt vom Papstamt 2013; die meisten wurden um das Jahr 2018 verfasst, der letzte 2022. Das "spirituelle Fast-Testament", wie es im Untertitel heißt, enthält neben bereits veröffentlichten Texten, Interviews und Briefwechseln auch Material, das bislang nicht öffentlich zugänglich war. Erschienen ist die italienische Erstausgabe im Verlag Mondadori. Laut den Herausgebern hat sich Benedikt XVI. zwingend ausbedungen, dass das Buch erst nach seinem Tod veröffentlicht wird.

Benedikt XVI.: "Großmächte der Toleranz" sind selbst intolerant

Früherer Papst kritisiert in posthum veröffentlichtem Aufsatz u.a. eine "radikale Manipulation des Menschen" und eine "Verzerrung der Geschlechter durch die Gender-Ideologie"

Rom, 19.01.2023 (KAP) In seinem posthum erschienen Buch "Was ist das Christentum?" kritisiert Benedikt XVI. ein aus seiner Sicht falsches Toleranzverständnis vieler westlicher Staaten. Die "Großmächte der Toleranz" räumten dem Christentum die von ihnen propagierte Toleranz nicht ein, so seine Kritik. Mit ihrer "radikalen Manipulation des Menschen" und "der Verzerrung der Geschlechter durch die Gender-Ideologie" stellten sie sich klar gegen das Christentum, heißt es in einem bislang unveröffentlichten Aufsatz des früheren Papstes zum Thema "Monotheismus und Toleranz".

In dem Ende 2018 verfassten Text erklärte Benedikt XVI. weiter: "Die Intoleranz dieser scheinbaren Modernität gegenüber dem christlichen Glauben ist noch nicht in offene Verfolgung umgeschlagen, und doch zeigt sie sich in zunehmend autoritärer Weise mit dem Ziel, durch entsprechende Gesetzgebung die Auslöschung dessen zu erreichen, was wesentlich christlich ist."

Die Kritik, dass der christliche Glaube durch seinen Wahrheits- und Universalitätsanspruch selbst intolerant sei, teilte Benedikt XVI. nicht. Dieser Auffassung liege der Verdacht zugrunde, dass Wahrheit selbst gefährlich sei. Stattdessen sei aber Toleranz im Wesen der Wahrheit verankert, so das ehemalige Kirchenoberhaupt. Gesellschaften, die sich gegen die Wahrheit stellen, seien intolerant.

Am Mittwoch wurde in Italien ein Buch mit theologischen Texten des ehemaligen Papstes Benedikt XVI. veröffentlicht. Auf 190 Seiten enthält es 16 Texte aus der Zeit nach Benedikts Rücktritt vom Papstamt 2013; die meisten wurden um das Jahr 2018 verfasst, der letzte 2022. Erschienen ist das Buch im italienischen Verlag Mondadori. Das "spirituelle Fast-Testament", wie es im Untertitel heißt, enthält neben bereits veröffentlichten Texten, Interviews und Briefwechseln auch Material, das bislang nicht öffentlich zugänglich war.

Benedikt XVI.: Bibel und Koran unterscheiden sich grundlegend

Früherer Papst kritisierte in posthum veröffentlichtem Aufsatz einige gegenwärtige Versuche zum Dialog von Christen und Muslimen, die von der "ungenügenden Kenntnis der heiligen Schriften" beider Religionen geprägt seien

Rom, 19.01.2023 (KAP) Der frühere Papst Benedikt XVI. hat sich in seinen letzten Lebensjahren weiterhin mit den grundlegenden Unterschieden von Islam und Christentum auseinandergesetzt. In seinem am Mittwoch postum erschienenen Buch "Was ist das Christentum?" kritisiert das frühere Kirchenoberhaupt einige gegenwärtige Versuche zum Dialog von Christen und Muslimen. Diese seien oft gekennzeichnet von der "ungenügenden Kenntnis der heiligen Schriften" beider Religionen.

Ferner sei dieser Dialog häufig "strukturell falsch aufgestellt". So werde einerseits betont, dass sowohl in der Bibel wie auch im Koran die Rede sei von der Barmherzigkeit Gottes. Daraus werde der Imperativ der Nächstenliebe abgeleitet. Dann werde aber auch festgestellt, dass sich in beiden Texten Aufrufe zur Gewalt fänden. Und schließlich stelle man sich gewissermaßen über beide Religionen und stelle fest, dass es in beiden Gutes und Schlechtes gebe und es deshalb nötig

sei, Bibel und Koran in einer Hermeneutik der Liebe zu lesen und sich mit Blick auf beide der Gewalt entgegenzustellen.

Auf diese Weise, so die Kritik des früheren Papstes, würden aber verschiedene Ebenen vermischt. Anders als die Bibel sei der Koran ein einziges Buch. Es werde von den Muslimen als direkte Inspiration Gottes angesehen und beanspruche deshalb eine von Gott ausgehende Autorität.

Die Bibel hingegen sei eine über etwa tausend Jahre gewachsene Sammlung von Schriften. Diese seien nach dem Glauben von Juden und Christen nicht unmittelbar von Gott diktiert. Ihre Autorität entwickle sich immer nur in der Interpretation des Weges, den das Volk Gottes unter seiner Führung zurückgelegt habe. Insofern sei der christliche Glaube keine "Buchreligion". Wer diese strukturellen Unterschiede betrachte, werde sich vor übereilten Parallelen zwischen den beiden Religionen hüten.

Vor 25 Jahren öffnete der Papst das Archiv der einstigen Inquisition

Seit 1998 mehr Licht im Dunkel der Kirchengeschichte

Vatikanstadt, 19.01.2023 (KAP) Früher wurde zeitweise geleugnet, dass es so etwas wie ein Archiv der Inquisition überhaupt gibt. Heute reicht der Hinweis beim Pförtner, man habe im Archiv einen Termin, um den Weg gewiesen zu bekommen. Die einstige Römische Inquisition heißt heute fachlich-nüchtern Dikasterium für die Glaubenslehre.

Dass Journalisten und vor allem Wissenschaftler relativ einfach die Räumlichkeiten im Erdgeschoss des "Sant'Ufficio" an der Südwestecke des Vatikan betreten können, haben sie zwei Männern zu verdanken, deren Porträts im Flur des Archivs hängen: Papst Johannes Paul II. und seinem späteren Amtsnachfolger, dem jüngst verstorbenen Kardinal Joseph Ratzinger/Benedikt XVI.

Am 22. Jänner 1998 ordnete der Papst aus Polen offiziell die Öffnung des Archivs der einst gefürchteten Römischen Inquisition an. Dafür

eingesetzt hatte sich auch Kardinal Ratzinger als damaliger Präfekt der Glaubenskongregation. Ein erster Anstoß war jedoch aus Kalifornien gekommen: Von dort schrieb der aus Turin stammende Mittelalterhistoriker Carlo Ginzburg 1979 einen Brief an Johannes Paul II. und bat ihn, die Archive der früheren Inquisition zu öffnen.

Im Vatikan dauert bekanntlich alles etwas länger. So erhielten erst ab 1991 einzelne ausgesuchte Historiker Zugang zum Archiv. Damals kam Alejandro Cifres aus Valencia an die Glaubenskongregation, zunächst als Theologe für Lehrfragen. Der heutige Leiter des Archivs am Dikasterium für die Glaubenslehre wuchs nach und nach in seine Aufgabe hinein. Anfangs sei man dort gar nicht darauf vorbereitet gewesen, standesgemäße wissenschaftliche Arbeit zu ermöglichen, räumte Cifres vor Jahren einmal ein.

Es bedurfte eines Wissenschaftlers wie Joseph Ratzinger, der als Präfekt damit begann, im

vatikanischen Durcheinander Pfade für die Forschung anzulegen. Heute sorgt ein neunköpfiger Stab dafür, dass Wissenschaftler aus aller Welt im historischen Archiv forschen können. Voraussetzungen sind - wie bei den meisten historischen Archiven - wissenschaftlicher Auftrag und Referenzen.

Brandgeschützt und videoüberwacht

Das Archiv der Glaubensbehörde besteht aus knapp 4.900 Archivbänden der 1542 gegründeten "Sacra Congregatio Romanae et universalis Inquisitionis", 380 Bänden der 1966 abgeschafften Kongregation für die verbotenen Bücher sowie 255 Bänden des Inquisitionsarchivs Siena. Dieser historische Schatz lagert in klimatisierten Kellerräumen des viergeschossigen Gebäudes - brandgeschützt und videoüberwacht.

Ein großer Teil des Archivs ging verloren, als Napoleon es bei seinem Kultur-Raubzug 1797 durch Italien nach Paris schaffen ließ. Den späteren Rückweg traten nicht mehr alle Dokumente an. Vor allem die Akten alter Inquisitionsprozesse fehlen. "Die hielt man damals für uninteressant, ihr historischer Wert wurde nicht erkannt", sagt Cifres. Wobei prominente Fälle wie Galileo Galilei oder Giordano Bruno noch vorhanden sind. Aber über sie war das meiste schon bekannt, bevor das Archiv geöffnet wurde.

Vieles von dem, was noch vorhanden ist, betrifft theologische Debatten. Die meisten der 100 bis 200 Forschungsanträge pro Jahr kommen aus Italien, gefolgt von Anfragen aus dem übrigen Europa und den USA. Aber auch aus China, der Türkei oder Kenia. Die Untersuchungen drehen sich um einzelne Autoren und historische Persönlichkeiten, um Positionen der Kirche zu Naturwissenschaft, Astrologie und Mystizismus, um theologische Kontroversen, teilweise auch um die Beziehungen des Heiligen Stuhls zu einzelnen Staaten und den politischen Systemen des 20. Jahrhunderts.

Nüchterne Sicht wichtig

Öffentlich zugänglich ist der Archivbestand bis in die Amtszeit von Pius XII. (1939-1958). Dessen Pontifikat gab Papst Franziskus am 2. März 2020 frei, nachdem die Archivmitarbeiter das Material einigermaßen katalogisiert und teils digitalisiert hatten. Aus dem langem Pontifikat von Pius gibt es auch im Sant'Ufficio sehr viele Dokumente, wie Cifres verriet. Die diplomatisch Spannenden jedoch - zum Zweiten Weltkrieg und Holocaust, aber auch aus den Jahren des Kalten Kriegs und der Unabhängigkeitskriege europäischer Kolonien - liegen in den Archiven des Staatssekretariats sowie dem Vatikanischen Apostolischen Archiv, einst Geheimarchiv genannt.

Da die Glaubenskongregation eher für Fragen der theologischen und moralischen Lehre zuständig ist, finden sich dort eher mögliche Antworten auf die Frage, ob der Papst Adolf Hitler eventuell habe exkommunizieren wollen. Oder welche Bücher mit faschistischem oder sozialistischem Gedankengut verboten wurden - oder warum nicht. So befasste sich ein Langzeitprojekt des deutschen Kirchenhistorikers Hubert Wolf mit der Erschließung und Digitalisierung des 'Index' der verbotenen Bücher.

Angesichts mutmaßlicher Sensationen warnt Wolf: Um valide Ergebnisse zu bekommen, müssten Bestände umfassend durchgearbeitet und genau analysiert werden. Was wird intern diskutiert? Wann weiß wer was? Wie werden Kardinäle und Päpste beraten? Wer wie eingeschaltet? Was passiert? "Alle Antworten auf solche Fragen müssen sauber miteinander verknüpft werden", so Wolf.

Die Archive des Vatikans zählen zu den wichtigsten Quellen für das historische Wissen der Menschheit. Das 1998 geöffnete Archiv des "Sant'Ufficio" birgt Kurioses, Kontroverses, Tragisches, Erhellendes und Hässliches. Sein Image hat sich nach Einschätzung des Archivleiters über die Jahrzehnte vom "absoluten Tabu" zu einer nüchternen Sicht gewandelt.

A U S L A N D

Kardinal Kasper: Offene Fragen des Konzils angehen

Kurienkardinal im Bayerischen Rundfunk über Synodalität und Rolle der Frauen: "Wir können da nicht stehen bleiben"

München, 19.01.2023 (KAP/KNA) Nach den Worten von Kurienkardinal Walter Kasper ist das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) unabgeschlossen geblieben. Viele Fragen seien weiter offen, die angegangen werden müssten, sagte der Kardinal in einem Interview-Podcast des Bayerischen Rundfunks. Das habe der emeritierte Papst Benedikt XVI. (1927-2022), der selbst als junger Theologe an dem Konzil mitwirkte, am Ende seines Lebens vielleicht nicht mehr so gesehen. Andererseits gebe es natürlich auch nachfolgende "Theologien", die das Vatikanum gar nicht mehr ernst nähmen.

Die offenen Fragen sieht Kasper etwa in Bezug auf die Synodalität in der Kirche und die Rolle der Frauen. "Wir können da nicht stehen bleiben." Das Konzil liege mittlerweile ein halbes Jahrhundert zurück: "Wir müssen auch den Mut haben weiterzugehen." Von einem alten Menschen, der "das Alte" mitgestaltet habe, habe man auch nicht unbedingt verlangen können, dies alles mitzuvollziehen, merkte der im März 90 Jahre alt werdende Kardinal hinsichtlich des Denkens von Benedikt XVI. an. Deshalb habe dieser in seiner Amtszeit auch "sehr bremsend" eingegriffen.

Für Benedikt gab es laut Kasper "zwei Vatikanums". Das "seine" sei jenes in der Konzilsaula gewesen, das andere jenes, das die Journalisten daraus gemacht hätten. Als Präfekt der Glaubenskongregation und als Papst sei Joseph Ratzinger immer bei einer wörtlichen

Interpretation geblieben. Obwohl das Verhältnis von Benedikt und Franziskus "sehr freundschaftlich" gewesen sei, gebe es einen wesentlichen Unterschied zwischen beiden: Bei Benedikt sei stets die Lehre im Vordergrund gestanden, bei Franziskus sei es das Evangelium.

Was die Bewertung des theologischen Werks von Ratzinger/Benedikt XVI. betrifft, kann nach Ansicht Kaspers nicht von einer Zeitenwende gesprochen werden. "Große Durchbrüche" sieht er darin nach eigenen Worten nicht. Aber in der nachkonziliaren Zeit habe Ratzinger einen großen Einfluss gehabt, auf viele Leute beruhigend gewirkt und mitgeholfen, den Glauben besser zu verstehen. Das gelte auch für seine späten "Jesus"-Bücher, wenngleich Exegeten bei diesen durchaus Einwände gehabt hätten.

Kritisch äußerte sich der Kardinal zu manchen "Fans" von Benedikt, die schon in den vergangenen Jahren ihn für sich "vereinnahmt" und für "ihre Sache" instrumentalisiert hätten. Dabei unterschätzten sie die Komplexität seines Denkens. "Ich würde sagen, weder die einzelnen Fans noch die allzu harschen Gegner haben Benedikt richtig verstanden." Dieser sei vielfältiger gewesen, als sich beide Seiten dachten. Er selbst habe Benedikt im privaten Gespräch durchaus offen für Probleme erlebt. Dieser habe sie auch ernst genommen. In seinen öffentlichen Stellungnahmen sei es dann "oft leider anders übergekommen".

Marx fordert von Christen Einsatz für Waffenruhe in der Ukraine

Ökumenischer Gottesdienst in München mit Kardinal Marx, evangelischem Landesbischof Bedford-Strohm und rumänisch-orthodoxem Bischof Sofian

München, 19.01.2023 (KAP/KNA) Der Münchner Erzbischof Kardinal Reinhard Marx hat die Christen aufgerufen, "alles zu tun, alle Fantasie, alles Denken in Bewegung zu setzen", damit es in der Ukraine zu einem Waffenstillstand kommt. Das wäre dann noch nicht das Ende des Krieges, aber es wäre "das Ende des Tötens und des Leidens für

einen Augenblick" und "das Atemholen dafür, dass wir an den Menschen denken". Marx äußerte sich Mittwochabend in der Münchner Kirche Sankt Matthäus bei einem ökumenischen Gottesdienst zur Gebetswoche für die Einheit der Christen. Mit ihm kamen der evangelisch-lutherische Landesbischof Bayerns, Heinrich Bedford-

Strohm, der rumänisch-orthodoxe Bischof Sofian von Kronstadt sowie weitere Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Bayern zusammen.

Als Christinnen und Christen an der Seite Jesu zu stehen, habe zugleich eine politische Dimension, ergänzte Marx. "Das gilt auch für die Frage von Krieg und Frieden. Dann stehen wir an der Seite derer, die sterben im Krieg und die leiden und die erfrieren", sagte der Erzbischof von München und Freising. Es verstöre ihn, "dass fast

nur noch über Waffen geredet wird". Er habe keine politische Lösung für den Krieg, aber "doch eine Ahnung, dass das nicht das Ende sein kann".

Landesbischof Bedford-Strohm sprach das Thema Rassismus an. Dieser stehe in tiefem Widerspruch zum christlichen Glauben. "Dagegen setzen wir als Christinnen und Christen auf der ganzen Welt die Überzeugung, dass jeder Mensch gleichermaßen zum Bilde Gottes geschaffen ist. Deswegen setzen wir uns für die Menschenwürde überall auf der Welt ein."

Kinderschutz-Experte Zollner kritisiert deutsche Politik und Kirche

Jesuit bescheinigt der Kirche in "Zeit"-Interview Krise des Missbrauchs und Krise der Vertuschung - Auch Politik komme ihrer Verantwortung nicht nach

Bonn, 19.01.2023 (KAP/KNA) Die deutsche Politik ist nach Worten des international tätigen Kinderschutz-Experten P. Hans Zollner zu zurückhaltend gegenüber den Kirchen. Auf die Frage, ob die Kirchen in Deutschland die Aufklärung von Missbrauch und Vertuschung an den Staat abgeben sollten, sagte er im Interview der "Zeit" (Donnerstag): "Ja. Aber ich bezweifle, dass die Politiker das wollen." Er habe bereits 2020 im Bundestag für eine Wahrheitskommission geworben. Daraus sei "bisher nichts" geworden.

Zollner kritisierte auch die Kirchenoberen: "Die hartnäckige Abwehr und dass man nur zugibt, was sich gar nicht mehr verbergen lässt, liegt oft an der Angst der Bischöfe, persönliche Verantwortung übernehmen zu müssen." Diese Erkenntnis habe er als externer Berater der Missbrauchsstudien für die Erzdiözesen Köln und München-Freising gewonnen. Mit Bezug auf die deutschen Bischöfe sagte der Theologe: "Hinderlich ist auch der Glaube, dass man ja von Gott ins Amt berufen wurde und folglich nicht abberufen werden kann, allenfalls vom Papst."

Es seien aber keineswegs nur Bischöfe, sondern auch einfache Gemeindemitglieder, die meinten, man tue der Kirche einen Gefallen,

wenn man ihr Bild in der Öffentlichkeit schütze. "Sie verstehen nicht, dass es genau umgekehrt ist: Je mehr man leugnet, desto unglaubwürdiger erscheint die Kirche."

Der Jesuit bescheinigte der Kirche eine "doppelte Krise: die Krise des Missbrauchs und die Krise der Vertuschung". Doch jeder könne etwas dagegen tun, etwa durch Schulungen, wie man sexuelle Übergriffe auf Schutzbedürftige verhindern könne. Wichtig seien Zuhören und Begleiten, aber auch der Mut, Konflikte einzugehen. Er sage daher auch Studierenden: "Scheut euch nicht, die Kirche zu kritisieren! Nur dann können wir sie verändern."

Zollner leitet das "Institut für Anthropologie - Interdisziplinäre Studien zu Menschenwürde und Sorge für schutzbedürftige Personen" (IADC) an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. Es wurde 2021 in Nachfolge des seit 2012 bestehenden Kinderschutzzentrums gegründet, dessen Leiter Zollner bis dahin war. Der deutsche Theologe und approbierte Psychotherapeut gilt als Experte für die Prävention von sexuellem Missbrauch von Minderjährigen in der katholischen Kirche.

Anwalt kritisiert angekündigte Vernichtung von Papst-Notizen

Vollstreckung des Testaments von Benedikt XVI. wäre für mit Missbrauchs-Aufklärung in Erzdiözese München-Freising befassten Anwalt Wastl "Schlag ins Gesicht"

München, 19.01.2023 (KAP/KNA) Der mit der Aufklärung von Missbrauchsfällen in der Erzdiözese München-Freising befasste Rechtsanwalt Ulrich Wastl sieht die angekündigte Vernichtung von Aufzeichnungen des verstorbenen Papstes Benedikt XVI. kritisch. "Für eine fundierte Aufarbeitung wäre dies ein Schlag ins Gesicht", sagte Wastl, dessen Kanzlei vor einem Jahr ein Missbrauchsgutachten im Auftrag der Erzdiözese vorgelegt hatte, der "Süddeutschen Zeitung" (Donnerstag). "Es wäre aber auch für die Kirche schädlich. Es blieben nur noch Fragen, wie beispielsweise: Gab es eine derartige Bitte des verstorbenen Papstes überhaupt? Geht es wieder nur um die einseitige Deutungshoheit? Was gilt es zu verbergen?"

Anfang Jänner hatte der Privatsekretär von Benedikt XVI., Erzbischof Georg Gänswein, in einem jüngst veröffentlichten Buch mitgeteilt, der verstorbene frühere Papst habe ihn beauftragt, sämtliche Notizen nach seinem Tod zu vernichten. Derzeit läuft eine Feststellungsklage eines mutmaßlichen Missbrauchsoffiziers aus dem oberbayerischen Garching an der Alz, die klären soll, ob Joseph Ratzinger, der spätere Papst Benedikt XVI., als Münchner Erzbischof (1977-1982) durch sein Handeln oder Unterlassen in einem Missbrauchsfall zu Schadensersatz verpflichtet gewesen wäre.

Rechtsanwalt Wastl sagte der "Süddeutschen Zeitung", Ratzinger sei zwar an Aufklärung und Aufarbeitung interessiert gewesen, "es gab zumindest viele Vorschriften in diese Richtung. Ob diese mit Nachdruck verfolgt wurden, daran habe ich meine Zweifel." Die Anwälte der Münchner Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl stellten damals in ihrem Gutachten die Behauptung von Benedikt XVI. infrage, er habe 1980 nichts von der Vorgeschichte des betreffenden Priesters als Missbrauchstäter gewusst.

Was die weitere Aufklärung von Missbrauchsfällen in der Erzdiözese München-Freising angehe, sehe er noch Luft nach oben, sagte Wastl. Manche Gemeinden bräuchten mehr Zuwendung. "Die Bistumsspitze hätte schon viel früher hinfahren und die Leute fragen müssen: Wie geht es euch? Diese aktiven Laien sind in Teilen natürlich überfordert. Es bräuchte ein von außen kommendes Kriseninterventionsteam, das sich aus nicht überwiegend auf der Gehaltsliste der Diözese stehenden Personen zusammensetzt."

Auch staatliche Unterstützung bei der Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch in der Kirche wäre "sehr sinnvoll", so Wastl. "Vielleicht steht sich die Institution Kirche selbst im Wege, weil sie noch immer an die Selbstheilungskräfte glaubt. Das funktioniert aber nicht."

Deutscher Bundestag erkennt Verfolgung von Jesiden als Völkermord an

Tausende Jesiden wurden ab August 2014 vom IS aus ihrer Heimat im Nordirak vertrieben, versklavt oder ermordet

Berlin, 19.01.2023 (KAP/KNA) Der deutsche Bundestag hat die systematische Verfolgung und Ermordung von Jesiden im Nordirak durch die Terrormiliz des "Islamischen Staates" (IS) als Völkermord anerkannt. Mit den Stimmen aller Fraktionen forderte das Parlament die Bundesregierung am Donnerstag einstimmig auf, die historische und juristische Aufarbeitung der Verbrechen voranzubringen. Tausende Jesiden wurden ab August 2014 vom IS aus ihrer Heimat im Nordirak vertrieben, versklavt oder ermordet. Systematisch wurden Frauen und Kinder vergewaltigt.

Die Entscheidung des Bundestages sei auch die Annahme des Auftrags, nach denen zu suchen, die weiterhin vermisst und verschleppt sind, sagte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne). Beobachter gehen von etwa 3.000 Jesiden aus, die weiterhin in der Gewalt der IS-Kämpfer oder vermisst sind. "Wir können den Völkermord nicht rückgängig machen, aber wir können dafür sorgen, dass die Opfer Gerechtigkeit erhalten, damit der Völkermord nicht vererbt wird", sagte Baerbock.

Mit der Entscheidung des Bundestages werde "ein neues Kapitel in der Auseinandersetzung und Verarbeitung dieses Horrors" eingeleitet, sagte der menschenrechtspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Michael Brand (CDU). Er forderte eine internationale Strafverfolgung: "Es darf für diese barbarischen Verbrecher keinen Winkel der Erde geben, an dem sie vor ihrer Strafe sicher sind", so Brand.

Die Anerkennung der Verbrechen als Völkermord sei überfällig, sagte Sevim Dagdelen (Linke). Der Bundestag stimme fraktionsübergreifend dem Antrag der Ampelfraktionen und der Union zu, denn "das Thema ist größer als wir alle zusammen", so Dagdelen.

Redner aller Fraktionen sprachen sich dafür aus, Jesiden auch weiterhin in Deutschland Asyl-Schutz zu gewähren. Zugleich sollten die Rückkehr Geflüchteter in ihre Heimat ermöglicht und Familien zusammengeführt werden. Bildungs- und Forschungsangebote zu fördern und ein Archiv- und Dokumentationszentrum einzurichten, sind demnach weitere Anliegen, um neben dem Gedenken auch eine wissenschaftliche Auseinandersetzung in Geschichte, Theologie und Kultur zu stärken.

An der Debatte im Bundestag nahm als Gast auch das weltliche Oberhaupt der Jesiden, Hazim Tahsin Saied Beg, teil, der sich derzeit mit einer jesidischen Delegation zu Besuchen in Berlin aufhält.

Prag: Aufregung um Jesulein-Besuch von Babis im Wahlkampffinale

Karmeliten-Rektor hielt Kirche in Erwartung des Präsidentschaftskandidaten verschlossen und kritisierte Besuch als Teil einer "aggressiven" Kampagne

Prag, 19.01.2023 (KAP) In der Tschechischen Republik nimmt der Präsidentschaftswahlkampf vor dem zweiten Durchgang an Fahrt auf. Die am 27. und 28. Jänner zum Duell antretenden Kandidaten Andrej Babis und Petr Pavel sind bemüht, auch die christlichen Wähler zur Teilnahme an der Wahl und zur Stimmabgabe für sie zu motivieren. Besondere Aufmerksamkeit erregte dabei am Dienstag der Versuch von Babis, das sogenannte Prager Jesulein in der Kirche Maria vom Siege auf der Prager Kleinseite aufzusuchen.

In Erwartung seines Besuchs hielten die Karmeliten als Verwalter der Kirche das Tor an diesem Vormittag verschlossen, doch kam Babis erst nach der Öffnung der Kirche zu Mittag. Er habe "leider Gottes am Montag unvorsichtigerweise den Kirchenbesuch den Medien angekündigt", bekundete der frühere Ministerpräsident. Dass die Kirche versperrt wurde, verstehe er nicht, denn vor Gott seien "wir alle gleich" und "sogar Mörder" hätten "Zutritt, um um Vergebung zu bitten". Als er die Kirche am 12. Jänner, am Tag vor dem ersten Wahldurchgang, aufgesucht habe, habe er dies nicht publik gemacht und niemand habe ihn daran gehindert. Im Übrigen trage er stets eine Kopie des Jesuleins mit sich.

Kirchenrektor Pater Pavel Pola ließ verlauten, "angesichts der Terminisierung und medialen Aufbereitung dieses Besuchs" halte man diesen "eindeutig für einen Bestandteil der Wahlkampagne", welche zudem "sehr aggressiv und

angsteinflößend" geführt werde. Insbesondere stoße man sich an den Wahlplakaten, auf denen dem Gegenkandidaten, dem früheren NATO-General Petr Pavel, unterstellt werde, die Tschechische Republik in den Krieg führen zu wollen. Die Karmeliter könnten sich mit diesem Stil "deziert nicht identifizieren" und verwarren sich dagegen, "den weltbekannten Wallfahrtsort und das bedeutende religiöse Symbol des Prager Jesuleins für solche Zwecke zu missbrauchen".

Ein zweiter Programmpunkt von Andrej Babis am selben Tag war der Besuch der böhmischen Krönungsinsignien, die noch bis zum 21. Jänner auf der Prager Burg zur Schau gestellt sind. Babis ließ sich in der viele hundert Meter langen Warteschlange abbilden. Er habe "schauen wollen, wie lang das dauert". Eigentlich habe er für den Fall seiner Wahl vorgeschlagen, die Kleinodien an Feiertagen auszustellen, angesichts des Andrangs würde dies jedoch "irgendeiner dauerhaften Ausstellung bedürfen".

Wenzels Insignien

Wenzelskrone, Reichsapfel und Szepter werden in der Kronkammer des Doms aufbewahrt und nur zu besonderen Anlässen gezeigt, aktuell zum 30. Jahrestag der Gründung der Tschechischen Republik. Zur Entnahme aus der Kronkammer müssen in der Wenzelskapelle sieben Würdenträger zusammentreten, um mit ihren Schlüsseln das enge Tor zu öffnen. Am Montag waren dies

von kirchlicher Seite der Prager Erzbischof und böhmische Primas Jan Graubner sowie Domdechant Weihbischof Vaclav Maly, von staatlicher Seite der Präsident der Republik Milos Zeman, Premierminister Petr Fiala, die Vorsitzenden der beiden Parlamentskammern Milos Vystrcil und Marketa Pekarova Adamova sowie der Primator (Bürgermeister) der Stadt Prag, Zdenek Hrib. Anders als bei früheren Ausstellungen, die im Wladislawschen Saal der Burg stattfanden, sind die Kroninsignien diesmal im Veitsdom zu sehen.

Die Möglichkeit zur Besichtigung endet am Samstag (21. Jänner). Tags darauf um 10 Uhr zelebriert Erzbischof Graubner noch in Anwesenheit der Kleinodien sowie des Schädels des heiligen Wenzel einen "Gottesdienst für die Heimat". Die Messfeier endet mit einem Gebet für die Heimat, der Staatshymne sowie dem Sankt-Wenzels-Choral.

Kirche appelliert zur Stimmabgabe

In einem Brief an die "Brüder und Schwestern" hatte Graubner, der auch Vorsitzender der Tschechischen Bischofskonferenz ist, zur Teilnahme an der Präsidentenwahl aufgerufen. Man möge "nach eigener Überlegung und aus eigenem Gewissen seine Wahl treffen, im Bewusstsein, dass wir keinen Engel oder Erlöser wählen, sondern einen von uns, der seine starken, aber auch schwachen Seiten hat, einen, mit dem wir uns nie restlos identifizieren können, weil dies nur in der Beziehung zu Gott möglich ist". Dennoch gehe es "nicht nur um die Wahl des kleineren Übels". Vielmehr solle man die Stimme jenem widmen, der "bei aller menschlichen Unvollkommenheit fähig und bereit ist, die Gesellschaft aufzubauen als Milieu des Gemeinwohls, wo jeder von uns sein Zuhause finden kann".

Nuntius: Tigray trotz Waffenstillstand weiter in Not

Vatikan-Diplomat Camilleri: 90 Prozent der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen, diese gibt es aber nur unzureichend

Addis Abeba, 19.01.2023 (KAP) Erfreut über Fortschritte bei der Umsetzung des Friedensabkommens für die äthiopische Bürgerkriegsregion Tigray hat sich der Apostolische Nuntius in Addis Abeba, Erzbischof Antoine Camilleri, geäußert. Die Lage habe sich zwei Monate nach dem Abkommen zwischen der Regierung und den Rebellen verbessert, da nun humanitäre Hilfen eintreffen und Strom- und Kommunikationsnetze wieder repariert werden könnten. Ein neuer Alltag beginne für die Bewohner, doch es werde "noch lange dauern, bis die Menschen wieder ein normales Leben führen könnten", gab der Vatikan-Diplomat im Interview mit "Vatican News" (Mittwoch) zu bedenken: Weiterhin sei 90 Prozent der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen, diese gebe es bisher aber nur unzureichend.

Anfang November hatten die Tigray-Behörden ein Friedensabkommen mit der äthiopischen Regierung von Ministerpräsident Abiy Ahmed unterzeichnet. Die beiden Armeen standen sich zwei Jahre lang in einem Bürgerkrieg gegenüber, der von Amnesty International als einer der tödlichsten weltweit eingestuft wurde, forderte er doch mehrere hunderttausend Todesopfer und über zwei Millionen Vertriebene. Der

Friedensvertrag, ausgehandelt in Südafrikas Hauptstadt Pretoria, sieht neben einer Waffenruhe auch das Ende einer humanitären Blockade sowie die Freigabe blockierter Strom- und Kommunikationsleitungen vor. Die Abgabe der Waffen durch die tigrayanische Volksbefreiungsfront, ein weiterer Teil der Vereinbarung, begann laut unabhängigen Beobachtern in der Vorwoche.

Auch wenn die Landwirte durch die Einstellung der Gewalt und das Ende der Kämpfe nun wieder den Boden bearbeiten und Feldfrüchte anbauen könnten, sei die Situation weiter dringlich, betonte Nuntius Camilleri. Zwölf Millionen Menschen sind nach Angaben der Kinderrechtsorganisation Save the Children in Äthiopien akut von Hunger bedroht. Fast vier Millionen Kinder sind demnach schwer mangelernährt, 22 Millionen Menschen haben nicht genügend Nahrung. Dass sich die Situation leicht verbessert habe, gehe auch auf das entschlossene Eingreifen katholischer Hilfsorganisationen zurück. Die US-amerikanische Caritas (Catholic Relief Services) habe dabei allein mehr als die Hälfte aller bisher in der Region geleisteten humanitären Hilfe bereitgestellt.

Rückblickend auf den Bürgerkrieg erklärte der in Addis Abeba stationierte Erzbischof, besonders die Sorge um die "wehrlose Bevölkerung" habe ihn umgetrieben, sowie auch die längere völlige Isolation der Konfliktregion von außen. Auch Papst Franziskus habe seit November 2020 wiederholt daran erinnert und Frieden gefordert. Der Krieg habe eine "tiefe Spaltung der äthiopischen Gesellschaft" entstehen lassen, zudem würden die schwerwiegenden Folgen der Gewalterfahrungen weiter nachwirken. "Die

Gewalt hat das Leben von Millionen Menschen unauslöschlich gezeichnet, darunter viele Priester und Ordensleute, die Gewalt oder Ungerechtigkeit direkt erfahren haben oder Zeugen von Gewalt gegen ihre Angehörigen oder andere Personen, für die sie verantwortlich waren, geworden sind", so Nuntius Camilleri. Er sei überzeugt, dass die Kirche eine "wichtige Rolle im Prozess der Befriedung und Heilung der Gesellschaft" spielen werde.

Naher Osten: Bischöfe fordern "echten Friedensprozess"

Beim 23. Internationalen Bischofstreffen im Heiligen Land hatten sich Vertreter von 15 Bischofskonferenzen fünf Tage lang über die Situation der Kirche und der Christen in Jordanien informiert

Amman, 19.01.2023 (KAP/KNA) Zum Abschluss eines internationalen Bischofstreffens haben die Teilnehmer in der jordanischen Hauptstadt Amman einen "echten Friedensprozess" im Nahostkonflikt gefordert. Dieser müsse auf der Grundlage des Völkerrechts aufbauen, heißt es in einer am Donnerstag veröffentlichten gemeinsamen Erklärung der Bischöfe. "Die Freiheit der Palästinenser muss gewährleistet werden. Die Rechte aller Bevölkerungsgruppen sind zu achten."

Die Unterzeichner teilen die tiefe Besorgnis, die die katholischen Bischöfe des Heiligen Landes in ihrer jüngsten Adventsbotschaft formuliert hatten - "angesichts der Bedrohung des friedlichen Zusammenlebens in Israel, des Anstiegs der Gewalt im Westjordanland, des anhaltenden völkerrechtswidrigen Ausbaus der Siedlungen und der höchsten Zahl palästinensischer Todesopfer seit mehr als zwanzig Jahren".

Beim 23. Internationalen Bischofstreffen im Heiligen Land hatten sich Vertreter von 15 Bischofskonferenzen weltweit, darunter 13 Bischöfe, fünf Tage lang über die Situation der Kirche und der Christen in Jordanien informiert. In ihrer Erklärung hoben die Bischöfe deren wichtige Rolle in der jordanischen Gesellschaft hervor, etwa im Bildungswesen und bei der Unterbringung und Versorgung der vielen Geflüchteten aus der Region. "Jordanien beherbergt heute mehr Flüchtlinge als fast jedes andere Land", halten die Bischöfe fest. "Unsere eigenen Länder sind aufgefordert, ihren Teil dazu beizutragen, die Last auf die Menschen in Jordanien zu verringern. Sie

sollten die humanitäre Hilfe vor Ort aufstocken und selbst mehr Flüchtlinge willkommen heißen."

Als Vertreter der deutschen katholischen Bischöfe hatte der Mainzer Weihbischof Udo Bentz, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Naher und Mittlerer Osten der Kommission Weltkirche, an dem Treffen teilgenommen. "Die neue israelische Regierung steht politisch weiter rechts als alle Vorgängerregierungen", erklärte Bentz laut einem Abschlusskommunique der Bischofskonferenz am Donnerstag.

Die Koalition unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu zeige teilweise beunruhigende nationalistische Tendenzen, sogar rassistische Anklänge, so der Weihbischof. "Offenbar will das Kabinett ausschließlich im Sinne israelisch-jüdischer Interessen handeln. Das gefährdet ein gutes Zusammenleben auch dort, wo es bisher noch möglich war. Eine Friedenslösung ist weiter entfernt denn je." Bentz sprach von wiederkehrenden Provokationen und nannte sie ein Spiel mit dem Feuer. "Das könnte zu neuen Ausbrüchen von Gewalt führen", betonte der Weihbischof.

Weiter lobte er den Beitrag der katholischen Kirche in Jordanien für das Leben der Menschen. "Sie gliedert die Kinder in ihre Schulen ein, bietet kostenlose Gesundheitsversorgung für die Bedürftigsten an, sorgt sich um die Ausbildung der Jugendlichen und verhilft den Menschen zu Arbeit, damit sie selbst ihren Lebensunterhalt verdienen können", fasste er seine Begegnungen, etwa bei Projekten der Caritas, zusammen. Viele

seiner Gesprächspartner blickten trotz wirtschaftlicher Krise optimistisch in die Zukunft. "Viele sehen ihre Zukunft in der Heimat.

Allerdings gibt es auch manche, die vor allem aus wirtschaftlichen Gründen in westliche Länder abwandern."

Heiliges Land: Armenische Christen feiern Weihnachten

Armenisch-apostolischer Patriarch von Jerusalem, Nourhan Manougian, feierlich in Bethlehem empfangen

Jerusalem/Bethlehem, 19.01.2023 (KAP/KNA) Mit dem feierlichen Einzug ihres Patriarchen in Bethlehem haben die armenischen Christen des Heiligen Landes am Mittwoch ihr Weihnachtsfest begonnen. Mit einem Prozessionszug gefolgt von Priestern und Gläubigen startete der armenisch-apostolische Patriarch von Jerusalem, Nourhan Manougian, am Armenischen Patriarchat in der Jerusalemer Altstadt. Er passierte den israelischen Checkpoint und wurde auf dem Bethlehemmer Krippenplatz von politischen und kirchlichen Vertretern begrüßt.

Wie beim Einzug des Lateinischen Patriarchen am 24. Dezember wurde auch das armenische Kirchenoberhaupt von einer großen Menschenmenge mit Dudelsack-Gruppen und Pfadfinder-Abteilungen begrüßt. Anschließend begab er sich in die Geburtskirche und zur Grotte unter dem Kirchenbau, wo nach der Überlieferung die Krippe Jesu stand. Begleitet wurde der Jerusalemer Patriarch von Erzbischof Sahak Mashalian, dem armenischen Patriarchen von Konstantinopel.

Anders als die Katholiken, die Weihnachten am 24./25. Dezember begehen, und die meisten orthodoxen Kirchen, die die Geburt Christi nach dem Julianischen Kalender am 6./7. Jänner feiern, folgt das Hochfest der Armenier im Heiligen Land erst zwei Wochen später. Die armenische Kirche feiert die Geburt Jesu gemeinsam mit

dem Epiphanie-Fest am 6. Jänner. Im Armenischen Patriarchat von Jerusalem wird aber nicht, wie sonst in der armenischen Kirche inzwischen üblich, der Gregorianische Kalender verwendet, sondern der Julianische. Deshalb wird in Jerusalem Weihnachten erst am 18./19. Jänner gefeiert.

Orthodoxes Fest der Taufe Jesu

Fast gleichzeitig mit den armenischen Weihnachtsfeiern leitete der griechisch-orthodoxe Patriarch Theophilos III. am Mittwoch die Feiern zum Fest der Taufe Jesu am Jordan. Von Jerusalem aus begab er sich nach Jericho und führte dann eine Prozession mit Tausenden Christen, Diplomaten und Touristen zu der auf dem Westufer des Jordan gelegenen traditionellen Taufstätte Christi.

Nach Gebeten im Johannes-Kloster ging Theophilos III. die rund 200 Meter zum Flussufer hinunter. Die Vesper und der Gottesdienst zur Segnung des Wassers wurden auf einer Plattform am Fluss gefeiert. Der Gottesdienst endete mit dem Eintauchen des Kreuzes in den Fluss. Derselbe Gottesdienst wurde nach lokalen Medien gleichzeitig auf der gegenüberliegenden Seite des Flusses begangen, wo auf jordanischem Boden ebenfalls an die Taufstätte Christi erinnert wird, die von mehreren christlichen Klöstern und Kirchen umgeben ist.

Pakistan: Christen in Sorge wegen Blasphemiegesetz-Verschärfung

Vom pakistanischen Parlament einhellig beschlossene Ergänzung des Gesetzes sieht höhere Strafen für Beleidigungen von Angehörigen des Propheten Mohammed vor - Kirchenvertreter: Gesetz wird von Muslimen missbraucht

Islamabad, 19.01.2023 (KAP/KNA) Christen in Pakistan zeigen sich beunruhigt über die Verschärfung des Blasphemiegesetzes ohne parlamentarische Debatte. Die vom Parlament einhellig beschlossene Ergänzung des Gesetzes sieht höhere Strafen für Beleidigungen von Angehörigen des

Propheten Mohammed vor. "Unsere Forderungen wurden einmal mehr ignoriert", sagte Peter Jacob, Leiter des katholischen "Zentrums für soziale Gerechtigkeit" in Lahore, dem asiatischen Pressedienst Ucanews (Donnerstag). Das umstrittene Gesetz aus den 1980er-Jahren werde von

Muslimen selbst bei Streitereien um Kleinigkeiten mit Christen missbraucht, sagte er.

Die Änderung des Blasphemiegesetzes sieht die Erhöhung der Strafe für Beleidigungen von Familienangehörigen des Propheten auf zehn Jahre und eine Geldstrafe von umgerechnet rund 4.100 Euro vor. Islamische Führungspersonlichkeiten begrüßten dies als überfällig. "Die Strafe für die Beleidigung eines Parlamentsmitglieds betrug fünf Jahre, aber die Strafe für die Beleidigung heiliger Persönlichkeiten nur drei Jahre. Das ist an sich schon eine Beleidigung", zitierte Ucanews einen Sprecher der Partei Jamaat-e-Islami.

Der Menschenrechtsanwalt Nadeem Anthony sagte Ucanews, die Änderung ziele auf Schiiten und Ahmadis ab, zwei religiöse Minderheiten, die im mehrheitlich sunnitischen Pakistan als nichtmuslimisch gelten. "Die Änderung wird religiös begründeten Hass und Gewalt fördern. Die Gesetzgeber sollten sich stattdessen darauf konzentrieren, wirtschaftliche und politische Probleme anzugehen, mit denen das Land konfrontiert ist", sagte Anthony.

Sunnitische Hardliner fordern bei den jährlichen schiitischen Muharram-Prozessionen wegen des Vorwurfs der Beleidigung von Gefährten des Propheten die Verhaftung von Schiiten. Mit den Prozessionen erinnern die Schiiten an das Massaker an Imam Hussein, dem Enkel des Propheten Mohammed, und seiner Familie im siebten Jahrhundert. Mit der Niederlage Husseins in der Schlacht von Kerbela im Jahr 680 scheiterte die Hoffnung der Schiiten, ihren dritten Imam anstelle von Yazid I. als Kalifen, also Oberhaupt der islamischen Gemeinschaft, einzusetzen.

Auf die Beleidigung des Propheten und des Korans steht in Pakistan seit Einführung des Blasphemiegesetzes in den 1980ern während der Diktatur von General Zia ul-Haq die Todesstrafe. Obwohl die Justiz bislang auf Vollstreckung solcher Urteile verzichtete, wurden in den vergangenen Jahren Dutzende der Blasphemie beschuldigte Menschen, zumeist Christen, von aufgebrachten Muslimen umgebracht. Seit 2021 waren allerdings einige angeklagte Christen überraschend freigesprochen worden; darunter die Katholikin Asia Bibi, die acht Jahre lang wegen Blasphemie in der Todeszelle saß.

Südafrikas Bischöfe warnen vor "Mafiastaat"

Bischofskonferenz-Präsident Sipuka: Lösegeld-Erpressung und Morde an Whistleblowern werden immer häufiger, Stromausfälle derzeit bis zu elf Stunden pro Tag

Pretoria, 19.01.2023 (KAP/KNA) Die katholischen Bischöfe Südafrikas haben die zunehmenden Missstände im Land kritisiert. Immer häufiger erlebe das einstige Hoffungsland etwa Vorfälle von Lösegelderpressungen und Morde an Whistleblowern. "Wir werden allmählich zu einem Land, das von Mafias beherrscht wird, und die Regierung scheint machtlos dagegen", sagte der Präsident der Südafrikanischen Bischofskonferenz, Sitembe Sipuka, am Mittwochabend.

Daneben prangerte Sipuka auch die Energiekrise an: Seit Wochen kommt es in Südafrika zu Stromausfällen von bis zu elf Stunden pro Tag. Darüber hinaus leide das Schwellenland auch 28

Jahre nach dem Ende der Apartheid immer noch unter "mangelndem sozialen Zusammenhalt". Davon sei auch die lokale Kirche betroffen, in der sich ein Riss "zwischen schwarzen und englischsprachigen Katholiken" abzeichne. "Wie wollen wir es in der Gesellschaft hinkriegen, wenn wir es hier nicht schaffen?", so Sipuka.

Der Bischof sprach bei der Eröffnung der Plenarversammlung der Bischöfe des südlichen Afrikas. Dabei dankte er laut Aussendung der Bischofskonferenz dem vatikanischen Nuntius, Erzbischof Peter Wells, für die "Einheit zwischen der lokalen Kirche und Rom".

Erster "March for Life" nach Supreme-Court-Spruch zu Abtreibung

Zuletzt gekipptes Urteil "Roe vs. Wade" hatte 1973 den Anstoß für die seither jährlich stattfindende Kundgebung der US-Lebensschutzbewegung in Washington gegeben

Washington, 18.01.2023 (KAP) In Washington findet am Freitag der erste "March for Life" der US-Lebensschutzbewegung seit Aufhebung des Grundsatzurteils "Roe vs. Wade" durch den Obersten Gerichtshof im vergangenen Sommer statt. Es handle sich um den ersten Marsch "in unserer Post-Roe-Nation", rief "March for Life"-Präsidentin Jeanne Mancini zur Teilnahme an der traditionellen Kundgebung entlang der National Mall in der US-Hauptstadt auf.

Der jährliche Marsch für das Leben findet heuer zum 50. Mal statt. Das zuletzt wieder gekippte Urteil "Roe vs. Wade", mit dem der Supreme Court 1973 festgestellt hatte, dass die US-Bundesstaaten den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in den ersten sechs Monaten gar nicht und danach nur bedingt einschränken dürfen, gab vor 50 Jahren den Anstoß zu der Kundgebung.

2022 entschied das Oberste Gericht der USA, dass aus der Verfassung kein Grundrecht auf Abtreibung abgeleitet werden könne. Im konkreten Fall ("Dobbs v. Jackson Women's Health Organization") ging es um ein Gesetz des Bundesstaates Mississippi, das Abtreibungen ab der 15.

Schwangerschaftswoche verbietet. Die Zuständigkeit für die Abtreibungsgesetze liegt nun wieder bei den Bundesstaaten.

Mississippis Justizministerin Lynn Fitch, die im vergangenen Jahr den Fall Dobbs vor dem Supreme Court vertrat, wird nach Angaben des Nachrichtendienstes "OSV News" am Freitag eine der Rednerinnen und Redner beim "March for Life" sein. Angekündigt sind unter anderem auch der US-Schauspieler und Jesus-Darsteller in der Fernsehserie "The Chosen", Jonathan Roumie, sowie der Mehrheitsführer der Republikaner im US-Repräsentantenhaus, Steve Scalise. Der Vorsitzende des Pro-Life-Ausschusses der katholischen Bischofskonferenz, Arlingtons Bischof Michael Burbidge, soll ein Gebet zur Eröffnung der Kundgebung sprechen.

"Jetzt, da Roe hinter uns liegt, sind wir in der Lage, unzählige unschuldige amerikanische Leben zu retten, indem wir uns weiterhin für einen vernünftigen Schutz auf Landes- und Bundesebene einsetzen", erklärte "March for Life"-Organisatorin Mancini. Ziel sei, die Amerikaner über die Würde des menschlichen Lebens aufzuklären.

Church of England bleibt bei Nein zu gleichgeschlechtlicher Ehe

Anglikanische Bischöfe verständigen sich nach mehrjährigem Beratungsprozess darauf, an der traditionellen Ehelehre festzuhalten

London, 19.01.2023 (KAP/KNA) Die Church of England ist gegen eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Das geht aus einer am Mittwoch veröffentlichten Erklärung zu den Ergebnissen eines mehrjährigen Beratungsprozesses hervor. Die Bischöfe haben sich demnach darauf verständigt, der im Februar in London tagenden Generalsynode ein Festhalten an der traditionellen Ehelehre zu empfehlen. Die heilige Ehe sei ein Bund zwischen Mann und Frau, hieß es.

Geplant ist indes ein "umfassendes seelsorgerisches Angebot", um LGBTQI+-Personen, also Lesben, Schwule, Bi-, Trans-, Intersexuelle, Queere sowie Menschen sonstiger Geschlechtsidentitäten, willkommen zu heißen. Zu diesem Zweck sollen - auf freiwilliger Basis - spezielle

Gebete, Gottesdienste und Segenszeremonien eingeführt werden. So hätten Betroffene die Möglichkeit, etwa nach einer zivilen Eheschließung in der Kirche zu feiern.

Als weitere Änderung ist die Neufassung pastoraler Leitlinien zum Thema Sexualität vorgesehen. Zudem kündigten die Bischöfe an, ein ausführliches Entschuldigungsschreiben zu veröffentlichen. Darin wollen sie für die "Ablehnung, Ausgrenzung und Feindseligkeit" um Verzeihung bitten, die LGBTQI+-Personen in der Kirche erfahren hätten.

Ein detaillierter Bericht zu den Empfehlungen der englischen Bischöfe soll bei der Generalsynode veröffentlicht werden. Das kirchliche Gesetzgebungsorgan soll vom 6. bis 9. Februar

tagen und über die Vorschläge abstimmen. Anglikaner-Primas Justin Welby sagte am Mittwoch, er mache sich keine Illusionen darüber, dass die Vorschläge "einigen zu weit und anderen nicht weit genug gehen". Aber er hoffe auf eine positive Resonanz im Sinne des Gemeinwohls, so der Erzbischof von Canterbury.

Seit 2014 können homosexuelle Paare in England und Wales heiraten. Im Jahr 2013 hatte

Königin Elizabeth II. ein entsprechendes Gesetz unterzeichnet. Die anglikanische wie die katholische Kirche protestierten damals gegen das Gesetz. Aufgrund anhaltender innerkirchlicher Differenzen zu dem Thema begann die Church of England 2017 einen Beratungsprozess mit dem Titel "Leben in Liebe und Glauben".

K U L T U R & M E D I E N

Ökumenischer TV-Gottesdienst am Sonntag aus Wels

Gottesdienst des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich in der katholischen Kirche St. Franziskus in Wels wird am Sonntag, 22. Jänner, um 9.30 Uhr auf ORF2 und im ZDF übertragen - Linzer Bischof Scheuer, armenischer Bischof Petrosyan, evangelische Oberkirchenrätin Bachler und viele weitere Kirchenvertreter mit dabei

Linz, 19.01.2023 (KAP) "Tut Gutes! Sucht das Recht!" lautet das Motto der heurigen "Gebetswoche für die Einheit der Christen. Unter diesem Motto steht auch der zentrale Gottesdienst des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ). Dieser findet heuer am Sonntag, 22. Jänner, um 9.30 Uhr in der katholische Kirche St. Franziskus in Wels statt. Der Gottesdienst wird live in ORF2 und im ZDF übertragen. Der ÖRKÖ veranstaltet den Gottesdienst gemeinsam mit der Diözese Linz und der örtlichen Gemeinde.

Mit der Gemeinde in Wels und der internationalen TV-Gemeinde feiern u.a. der armenisch-apostolische Bischof und ÖRKÖ-Vorsitzende Tiran Petrosyan, Bischof Manfred Scheuer, die evangelische Oberkirchenrätin Ingrid Bachler, Angelika Gumpenberger-Eckerstorfer, Leitende Seelsorgerin der Pfarre St. Franziskus, der emeritierte altkatholische Bischof Johannes Okoro, Doreen Ighama, Kirchenvorständin der Evangelisch-methodistischen Kirche in Österreich, sowie Diakon Nemanja Micic von der serbisch-orthodoxen Kirchengemeinde in Wels.

Heuer steht in der Gebetswoche der gemeinsame weltweite Einsatz gegen Rassismus im Mittelpunkt. Die Vorbereitungsgruppe für die Gebetswoche 2023 kommt aus den USA, konkret aus Minnesota. In Minnesota gibt es seit vielen Jahren Rassenunterschiede, die zu den schlimmsten in den USA gehören. Auch in jüngerer Zeit war Minnesota ein Epizentrum von Rassenunruhen. Auch

in der Geschichte der Kirchen in den Vereinigten Staaten sind Rassenprobleme eine der Hauptursachen von Spaltungen zwischen den Kirchen.

Die Sünde des Rassismus zeige sich in Vorstellungen oder Praktiken, die eine "Rasse" von einer anderen unterscheiden und ihr überordnen. Der Prophet Jesaja aber lehrt, dass Gott Recht und Gerechtigkeit zu jeder Zeit und in allen Bereichen des Lebens verlangt. - Das Motto der Gebetswoche ist dem biblischen Buch Jesaja entnommen, - "Gerechtigkeit, Recht und Einheit entspringen Gottes tiefer Liebe zu jedem von uns; sie sind im Wesen Gottes selbst verwurzelt und sollen nach Gottes Willen auch unseren Umgang miteinander bestimmen", so die Kirchenvertreter aus Minnesota. Gottes Verheißung, eine neue Menschheit "aus allen Nationen und Stämmen, Völkern und Sprachen" zu schaffen, rufe zu Frieden und Einheit auf.

Musikalisch gestaltet wird der Gottesdienst von einer Frauenschola und mit Gemeindegesang. Die Kollekte beim Gottesdienst kommt von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen in Guatemala zugute. Das Hilfsprojekt der Organisation "MIRIAM Verein zur intellektuellen Förderung von Frauen" adressiert das Problem der Gewalt gegen indigene Frauen und Frauen am Land. Das Ziel von MIRIAM ist ein erfülltes Leben für Frauen frei von Gewalt und Rassismus, wozu die Zielgruppe bei ihrer Hochschulausbildung unterstützt wird. Die Frauen erhalten auch einen

Genderdiplomkurs und werden zu Promotorinnen von Gewaltprävention ausgebildet. Weiters betreibt MIRIAM in Guatemala Lobbyarbeit,

damit Gesetze verfasst und umgesetzt werden, die Frauen besser vor Gewalt schützen. (Infos: www.oekumene.at)

ORF-Radiogottesdienst am Sonntag aus der Pfarre Oberlienz

Mit der Gemeinde feiert um 10 Uhr Pfarrer Franz Troyer zum Thema "Bibelworte - Was bringen sie?" - "radio klassik Stephansdom" überträgt ab 10.15 Uhr Sonntagsgottesdienst aus dem Wiener Stephansdom

Innsbruck/Wien, 19.01.2023 (KAP) Am kommenden Sonntag, 22. Jänner, übertragen die ORF-Regionalradios österreichweit um 10 Uhr die Heilige Messe aus der Pfarre Oberlienz (Diözese Innsbruck). Mit der Gemeinde feiert Pfarrer Franz Troyer. Der Gottesdienst am 3. Sonntag im Jahreskreis ("Sonntag des Wortes Gottes") steht unter dem Thema: "Bibelworte - Was bringen sie?".

Musikalisch gestaltet wird der Osttiroler Gottesdienst vom Kirchenchor Oberlienz, geleitet von Siegmund Plautz, und von den Kirchenbläsern Oberlienz. Als Kantor und Organist zu hören ist Alois Wendlinger. Weitere Mitwirkende sind Kinder der Volksschule Oberlienz. Es erklingen "Gottes Geist und Gottes Wort" des 2003 verstorbenen deutschen Musikers Bernd-Martin Müller, der Choral "Allein Gott in der Höh sei Ehr" von Johann Sebastian Bach, "Marienmyrthen" des österreichischen Komponisten und Bruckner-Schülers Josef Gruber (1855-1933), weitere Chor- und Blasmusik, sowie Lieder mit Gemeindegesang aus dem Gotteslob. Im Anschluss an den Gottesdienst

stehen Pfarrer Franz Troyer und Mitglieder des Pfarrgemeinderates eine Stunde für Anfragen und Gespräche zur Verfügung (Tel.: 0676 8730 2250 und 04852 634 88).

Die Pfarre Oberlienz bildet mit Lienz St. Andrä, Lienz Peggetz, Grafendorf und Thurn den Seelsorgeraum Lienz Nord. Die Pfarrkirche ist der Gottesmutter Maria geweiht und feiert am Fest Maria Himmelfahrt das Patrozinium. Vermutlich gab es schon im 5. Jahrhundert eine frühchristliche Kirche, die im Laufe der Jahrhunderte im jeweiligen Stil immer wieder umgebaut wurde. Im Jahr 1809 wurde die Kirche von französischen Soldaten niedergebrannt und in den folgenden Jahren neu aufgebaut.

Bei "radio klassik Stephansdom" kann ab 10.15 Uhr wie gewohnt der Sonntagsgottesdienst aus dem Wiener Stephansdom mitgefeiert werden.

(Weitere Gottesdienstübertragungen in TV, Radio und Internet unter: www.gottesdienst.at)

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Michaela Greil, Andreas Gutenbrunner, Henning Klingen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitsch-Eibl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling, Till Schönwälder Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at</p>	